

Chronik der Covid-19 Krise

Dezember 2019 bis Februar 2021

Eric Risopp

(M.Sc. BWL)

Stand: 28.02.2021

(Auszüge einer Projektarbeit am Lehrstuhl Mittelstandsorientierte BWL der
TH Brandenburg)

Abkürzungsverzeichnis

SARS	Schweres Akutes Respiratorisches Syndrom
SARS-CoV-2	Schweres Akutes Respiratorisches Syndrom-Coronavirus-2
COVID-19	Coronavirus Disease 2019
Abk.	Abkürzung
u.a.	unter anderem
z.B.	zum Beispiel
bspw.	beispielsweise
z.T.	zum Teil
ca.	circa
RKI	Robert-Koch-Institut
ECDC	European Centre for Disease Prevention and Control
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
RKI	Robert-Koch-Institut

Einleitung

Seit Januar 2020 verbreitet sich das neuartige Corona-Virus im Eiltempo auf der ganzen Welt. Es herrscht eine Pandemie mit Ausmaß, wie es die Menschheit zuletzt 1918 mit der Spanischen Grippe erlebt hat. Das Virus hat nicht nur Einfluss auf die Gesundheit des Menschen. Um es zu bekämpfen, müssen entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Diese können unter Umständen gleich mehrere Schutzgüter einer Gesellschaft gleichzeitig angreifen. Sei es die Wirtschaft, Politik oder auch Psychologie des Menschen.

In diesem Bericht wird der Verlauf der Pandemie chronologisch seit Entdeckung des Virus im Dezember 2019 bis Februar 2021 dargestellt. Dabei wird vor allem darauf eingegangen, welche Maßnahmen die deutsche Bundesregierung im Kampf gegen die Pandemie ergreift und welche Auswirkungen diese haben.

Eigenschaften von SARS-CoV-2

Parameter	Wert
Hauptübertragungsweg	Tröpfchen/Aerosole
Häufige Symptome	Husten, Fieber, Schnupfen, Störung des Geruchs- und/oder Geschmackssinns, Pneumonie
Risikogruppen	insbesondere Ältere, Vorerkrankte
Basisreproduktionszahl R_0 (Median)	2,8–3,8
Inkubationszeit (Median)	5–6 Tage
Manifestationsindex	55–85 %
Dauer des Krankenhausaufenthaltes (Median)	8-10 Tage
Medikamentöse Behandlung	Remdesivir, Dexamethason
Impfung	verfügbar

Tabelle 1: Parameter zu COVID-19 im Überblick¹

Der Erreger SARS-CoV-2 wird hauptsächlich über die respiratorische Aufnahme virushaltiger Partikel übertragen, welche beim Atmen, Husten, Sprechen, Singen oder Niesen entstehen können. Dabei werden die Erreger über Tröpfchen oder sogenannte Aerosole (sehr kleine Tröpfchen) weitergegeben. Ein ausreichender Abstand (ab 2 Meter) zu einer infizierten Person und eine Mund-Nasen-Bedeckung können das Infektionsrisiko laut dem RKI erheblich senken. Weitere Übertragungsmöglichkeiten wie Schmierinfektionen sind nicht auszuschließen, sind aber auch nicht häufig beobachtet worden.¹

¹ RKI (2021): Epidemiologischer Steckbrief zu SARS-CoV-2 und COVID-19 – 2. Übertragungswege, https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html?nn=13490888#doc13776792bodyText2

Infizierte Personen werden generell in drei Typen unterschieden. Infizierte, die zum Zeitpunkt der Übertragung bereits erkrankt (symptomatisch) gewesen sind, die bei der Übertragung noch keine Symptome entwickelt hatten (präsymptomatisches Stadium) oder auch später nie symptomatisch wurden (asymptomatische Infektion). Die durchschnittliche Inkubationszeit (Dauer von der Infektion bis Erkrankung) liegt laut Studien bei 5 bis 6 Tagen. Das Eintreten der Symptome kann jedoch auch bis zu 14 Tage nach der Ansteckung auftreten.²

Ein verlässliches Medikament gegen das Virus gibt es bisher nicht. Der Einsatz von Remdesivir oder Dexamethason können ggf. bei Verabreichung im frühen Stadium der Erkrankung die Wahrscheinlichkeit eines schweren Verlaufs mindern. Impfstoffe sind zum Zeitpunkt des Februars 2021 jedoch bereits einige Vorhanden und zugelassen.³

Husten	40 %
Fieber	27 %
Schnupfen	29 %
Störung des Geruchs- und/oder Geschmackssinns*	22 %
Pneumonie	1,0 %

Weitere Symptome:

Halsschmerzen, Atemnot, Kopf- und Gliederschmerzen, Appetitlosigkeit, Gewichtsverlust, Übelkeit, Bauchschmerzen, Erbrechen, Durchfall, Konjunktivitis, Hautausschlag, Lymphknotenschwellung, Apathie, Somnolenz.

Tabelle 2: Erfasste Symptome für COVID-19-Fälle in Deutschland (Meldedaten)

2 RKI (2021): Epidemiologischer Steckbrief zu SARS-CoV-2 und COVID-19 – 3. Übertragungswege, https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html?nn=13490888#doc13776792bodyText3

3 RKI (2021): Epidemiologischer Steckbrief SARS-CoV-2 und COVID-19, https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html

5 Chronik der Covid-19 Krise (Dez 19 – Feb 21)

In der Tabelle 2 werden die am häufigsten erfassten Symptomen im Zusammenhang mit der COVID-19 Erkrankung dargestellt. Vor allem Husten, Fieber, Schnupfen und der Verlust des Geruchs- oder Geschmacksinns treten sehr oft auf.⁴

Laut einer Studie von John Ioannidis, Professor für Medizin und Epidemiologie an der Stanford University, liegt der Median der Letalität für die COVID-19 Erkrankung bei ca. 0,27 Prozent. Das bedeutet ungefähr 3 von 1000 infizierten Personen sterben an der Krankheit COVID-19. Die Sterblichkeit für Personen unter 70 Jahren beträgt im Median 0,05 Prozent. Als Grundlage wurden 61 weltweite Studien inkludiert. „Die Infektionssterblichkeitsrate von COVID-19 kann von Ort zu Ort erheblich variieren. Dies kann Unterschiede in der Altersstruktur der Bevölkerung und von infizierten und verstorbenen Patienten sowie andere Faktoren widerspiegeln. Die abgeleiteten Infektionssterblichkeitsraten tendieren dazu, viel niedriger zu sein als die Schätzungen, die zu einem früheren Zeitpunkt der Pandemie gemacht wurden“ erklärt Ioannidis.⁵

Die Krankheit ist gemäß den Statistiken nicht auffällig tödlich. Bei bestimmten Personengruppen sind jedoch häufiger schwerere Krankheitsverläufe beobachtet worden:

- ältere Personen (mit stetig steigendem Risiko für einen schweren Verlauf ab etwa 50–60 Jahren; 86% der in Deutschland an COVID-19 Verstorbenen waren 70 Jahre alt oder älter [Altersmedian: 82 Jahre])
 - Männliches Geschlecht (80, 81)
 - Raucher (43, 191, 192) (schwache Evidenz)
 - adipöse (BMI>30) und stark adipöse (BMI>35) Menschen (193, 194)
 - Menschen mit Down-Syndrom (Trisomie 21) (195, 196)
- Personen mit bestimmten Vorerkrankungen, ohne Rangfolge (123, 197, 198):

4 RKI (2021): Epidemiologischer Steckbrief zu SARS-CoV-2 und COVID-19 - 8. Demografische Faktoren, Symptome und Krankheitsverlauf, https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html;jsessionid=25F96D275CED650BFF6953A69D2A1A2A.internet101?nn=13490888#doc13776792bodyText8

5 Ioannidis, J. (2020): Infection fatality rate of COVID-19 inferred from seroprevalence data, Publication: Bulletin of the World Health Organization; Meta-Research Innovation Center at Stanford (METRICS), Stanford University, https://www.who.int/bulletin/online_first/BLT.20.265892.pdf

6 Chronik der Covid-19 Krise (Dez 19 – Feb 21)

- des Herz-Kreislauf-Systems (z. B. koronare Herzerkrankung und Bluthochdruck)
- chronische Lungenerkrankungen (z. B. COPD)
- chronische Nieren- und Lebererkrankungen
- Patienten mit Diabetes mellitus (Zuckerkrankheit)
- Patienten mit einer Krebserkrankung
- Patienten mit geschwächtem Immunsystem (z. B. aufgrund einer Erkrankung, die mit einer Immunschwäche einhergeht oder durch die regelmäßige Einnahme von Medikamenten, die die Immunabwehr beeinflussen und herabsetzen können, wie z. B. Cortison)



Die ersten Monate der Pandemie

„Eine mysteriöse Lungenkrankheit ist in der zentralchinesischen Metropole Wuhan ausgebrochen. Bislang seien 27 Erkrankte identifiziert worden, berichtete die Gesundheitskommission der Stadt. Gerüchten im Internet, es könnte sich um einen neuen Ausbruch der Lungenseuche Sars handeln, trat die «Volkszeitung» entgegen. Die Gesundheitskommission berichtete, viele der Infektionen könnten auf den Besuch des Huanan-Fischmarktes von Wuhan zurückgeführt werden. Die Erkrankten seien in Quarantäne untergebracht worden. Sieben seien in einem ernsten Zustand.“

6

Zu Silvester 2019 wurde diese Nachricht der Deutschen Presseagentur (DPA) deutschlandweit in dutzenden Nachrichtenportalen gemeldet, nachdem China der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erstmal von einem neuartigen Virus berichtete.

Bis heute ist ungeklärt, seit wann China von der neuen Lungenkrankheit wusste. Laut Medienberichten könnten die ersten Fälle in China bereits im November, lange vor der Meldung an die WHO, aufgetreten sein.⁷

Am 07. Januar 2020 identifizieren chinesische Experten den Erreger, welcher zu den Coronaviren gehört. Kurz darauf wird der erste Todesfall in China registriert. Die Behörden melden, dass sie den Ausbruch auf dem größten Seafood-Markt in Wuhan zurückführen. Man gehe davon aus, dass sich das Virus vom Tier auf den Menschen übertragen hat.⁸

6 Zeit Online (2019): Mysteriöse Lungenkrankheit in Zentralchina ausgebrochen, <https://www.zeit.de/news/2019-12/31/mysterioese-lungenkrankheit-in-zentralchina-ausgebrochen>; 31.12.2019 – Quelle DPA (Deutsche Presseagentur),

7 ZDFheute 1 (2020): Wie Corona die Welt infizierte – So nahm die Krise ihren Anfang, <https://zdfheute-stories-scroll.zdf.de/corona/coronavirus/chronik/ausbruch/>

8 ebenda

8 Chronik der Covid-19 Krise (Dez 19 – Feb 21)

Da sich das Virus rasant in Wuhan verbreitet, wird schnell klar, dass die Übertragung vor allem von Mensch zu Mensch stattfindet. Folgend werden drastische Maßnahmen ergriffen und die komplette Region Wuhan wird abgeriegelt.⁹

Ende Januar 2020 werden die ersten Fälle des neuartigen Coronavirus in Deutschland registriert. Außerdem erklärt der WHO-Generalsekretär Dr. Tedros Adhanom

Ghebreyesus den Ausbruch des Virus als „gesundheitlichen Notlage mit internationaler Tragweite“. Die Lungenerkrankung wird von der WHO „Covid-19“ genannt und der Erreger erhält den Namen Sars-CoV-2.¹⁰

Bis zum Februar 2020 werden in Europa nur Einzelfälle gemeldet. In Italien jedoch steigt die Infiziertenzahl schnell an. Als Folge werden Städte im Norden Italiens abgeriegelt, wobei besonders die Region der Lombardei vom Virus betroffen ist und täglich viele Todesfälle zu verzeichnen hat. Später folgen weitere Maßnahmen für das ganze Land.¹¹

Bis zum März 2020 steigt auch in Deutschland die Zahl der Infizierten immer schneller an. Die deutsche Bundesregierung sieht eine Verlangsamung der Ausbreitung als notwendig, um das Gesundheitssystem nicht zu überfordern. Die ersten Großveranstaltungen werden in Deutschland abgesagt und am 11. März 2020 wird der Ausbruch des Virus offiziell als Pandemie eingestuft. Am 16. März wird dann das öffentliche Leben in Deutschland massiv eingeschränkt. Bars, Clubs, Kneipen, Fitnessstudios und weitere öffentliche Einrichtungen werden geschlossen. Systemrelevante Einrichtungen wie Supermärkte, Apotheken oder Banken bleiben geöffnet. Das Ziel lautet, mithilfe des sogenannten „Lockdowns“ die sozialen Kontakte auf ein absolutes Minimum zu reduzieren.¹²

9 ebenda

10 ZDFheute 2 (2020): Wie Corona die Welt infizierte – Covid-19 erreicht Deutschland und Europa, <https://zdfheute-stories-scroll.zdf.de/corona/coronavirus/chronik/verbreitung/index.html>

11 ebenda

12 ZDFheute 3 (2020): Wie Corona die Welt infizierte – der Ausnahmezustand, <https://zdfheute-stories-scroll.zdf.de/corona/coronavirus/chronik/solidaritaet/index.html>

9 Chronik der Covid-19 Krise (Dez 19 – Feb 21)

Die Maßnahmen haben auch schnell wirtschaftliche Folgen. Der Bund nimmt Ende März an, sich in diesem Jahr mit der Rekordsumme von rund 156 Milliarden Euro neu zu verschulden. Unter anderem sollen Mieter entlastet, Hartz-IV-Anträge erleichtert und Kliniken unterstützt werden.¹³

13 ebenda

April 2020

Mai 2020

Juni
2020

Juli
2020

August
2020

Das Leben mit den Maßnahmen die Auswirkungen

Der erste „Lockdown“ erstreckt sich über den kompletten April 2020. Erste Lockerungen treten schließlich am 4. Mai 2020 in Kraft. Die ersten Friseursalons und Schulen dürfen wieder öffnen. Der Lockdown dauerte somit insgesamt 7 Wochen an. Am 11. Mai 2020 dürfen schließlich auch die ersten Restaurants, Bars und Lokale wieder öffnen. Ähnlich wie in Friseursalons finden die Öffnungen nur unter Einhaltung eines strengen und funktionierenden Hygienekonzepts statt. Ungefähr einen Monat später, am 15. Juni treten weitere Lockerungen in Kraft. Die Corona-Beschränkungen werden so weit gelockert, dass auch wieder Kontaktsportarten möglich sind.¹⁴

Führende Wirtschaftsinstitute wie z.B. das Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) erwarten im Frühjahrsgutachten einen erheblichen Einbruch der deutschen Wirtschaft. Im Gutachten gehen Ökonomen von einem Minus des BIPs von **4,2 Prozent** für 2020 aus. Alleine im zweiten Quartal 2020 wird mit einem Einsturz von knapp 10 Prozent gerechnet. Die Arbeitslosenquote soll 2020 auf maximal 5,9 Prozent und die Zahl der Kurzarbeiter auf 2,4 Millionen ansteigen. Für das Jahr 2021 prognostizieren die Institute jedoch eine Erholung und ein Wachstum von **5,8 Prozent** voraus.¹⁵

14 WiWo (2021): Wie verlief der erste Lockdown?, <https://www.wiwo.de/erfolg/trends/corona-lockdown-wie-verlief-der-erste-lockdown/26853384.html>

15 Tagesschau (2020): Wirtschaftseinbruch um 4,2 Prozent?, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/corona-wirtschaftsforscher-rezession-101.html>

11 Chronik der Covid-19 Krise (Dez 19 – Feb 21)

In einer Befragung des ifo Instituts im April 2020 geht hervor, dass viele deutsche Unternehmen ihre Existenz durch die Coronakrise und die erhobenen Maßnahmen als bedroht sehen (siehe Tabelle 3). 29,2 Prozent der befragten Firmen gaben an, drei Monate oder kürzer überleben zu können, wenn die pandemiebedingten Einschränkungen noch für längere Zeit bestehen würden. Sechs Monate oder kürzer könnten 52,7 Prozent durchhalten. „Das sind beunruhigende Zahlen, die auf eine kommende Pleitewelle hindeuten“, sagt Klaus Wohlrabe, Leiter der ifo Befragungen.¹⁶

Wie lange schätzen Sie, könnte Ihr Unternehmen überleben, wenn diese Maßnahmen noch für längere Zeit aufrechterhalten werden?									
Anteile in % nach Firmengröße gewichtet									
Deutschland	< 1 Monat	1 Monat	2 Monate	3 Monate	4 Monate	5 Monate	6 Monate	> 6 Monate	
Verarbeitendes Gewerbe	0,2	2,1	8,7	13,8	6,4	2,8	14,1	52,0	
Dienstleister	0,5	3,8	11,3	15,7	8,0	3,6	13,0	44,0	
Handel	1,3	4,0	11,5	17,6	6,9	3,0	10,1	45,6	
Bau	0,4	1,7	4,7	13,6	5,2	5,6	14,2	54,6	
Deutschland	0,5	3,2	10,2	15,3	7,2	3,3	13,0	47,3	
Einzelhandel	2,2	6,4	15,5	20,8	8,8	2,4	7,1	36,8	

Tabelle 3: ifo Konjunkturumfrage 2020

Im Juni 2020 erstellt der Koalitionsausschuss von CDU, CSU und SPD ein Konjunkturpaket im Umfang von 130 Milliarden Euro. Ziel sei es, „Arbeitsplätze zu sichern und die Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen“. Das Maßnahmenpaket enthält unter anderem eine Absenkung der Mehrwertsteuer ab dem 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020. Der Steuersatz soll von 19 Prozent auf 16 Prozent und für den ermäßigten Satz von 7 Prozent auf 5 Prozent gesenkt werden. Zudem wird ein einmaliger Kinderbonus für Familien in Höhe von 300 Euro ausgezahlt. Auch Kommunen werden unterstützt indem beispielsweise Gewerbesteuerausfälle der Kommunen zur Hälfte vom Bund ausgeglichen werden.¹⁷

¹⁶ Ifo (2020): ifo Institut: Viele Unternehmen sehen ihre Existenz bedroht, <https://www.ifo.de/node/54981>

¹⁷ Bundesregierung (2020): Milliardenhilfen beschlossen,

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/konjunkturpaket-geschnuert-1757558>

Die Arbeitslosenzahl ist im Juni aufgrund der Pandemie und den Maßnahmen weiter angestiegen. Bundesweit sind 2.853.000 Menschen arbeitslos. Das sind ca. 40.000 mehr als im Mai 2020 und 637.000 mehr als ein Jahr zuvor (siehe Abbildung 1).¹⁸

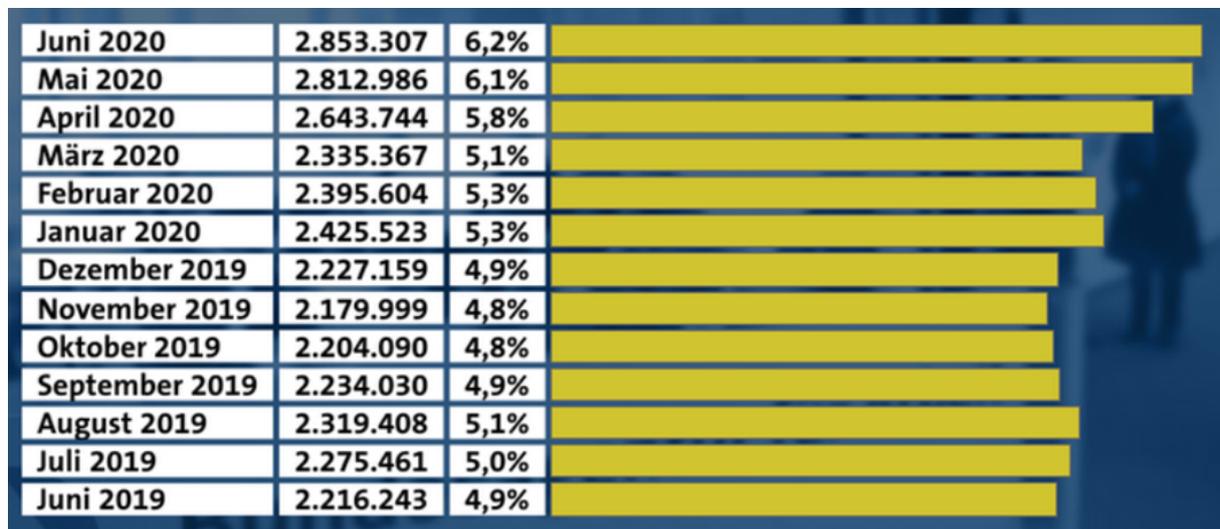


Abbildung 1: Arbeitslosigkeit (absolute Zahlen und Quote) – Juni 2019 bis Juni 2020

Einige lokale Ausbrüche sorgen im Juli dafür, dass die Zahl der Infizierten leicht steigen. Das Robert Koch-Institut (RKI) hält den Anstieg der Infektionszahlen in Deutschland für alarmierend. "Die neueste Entwicklung macht mir und uns allen im Robert Koch-Institut große Sorgen", sagt RKI-Chef Lothar Wieler. Als Folge werden in verschiedenen Bundesländern die Maßnahmen wieder etwas verschärft.¹⁹

Seit dem Lockdown im März fanden in vielen Städten bereits immer mehr Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie statt. Am Anfang sowie Ende August versammeln sich schließlich Schätzungen zufolge jeweils knapp 30.000 Menschen zu Demonstrationen in Berlin. Die Organisatoren des Protests erklärten selbst, es seien 800.000 bis 1,3 Millionen Menschen auf der Demonstration gewesen.²⁰

18 Tagesschau (2020): Corona lässt Arbeitslosenzahl weiter steigen, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/agentur-fuer-arbeit-arbeitsmarkt-103.html#:~:text=Die%20Zahl%20der%20Arbeitslosen%20in,Prozentpunkte%20auf%206%2C2%20Prozent.>

19 Reuters (2020): RKI schlägt Alarm - Virus-Entwicklung macht große Sorgen, <https://www.reuters.com/article/virus-rki-idDEKCN24T1MV>

20 Tagesspiegel (2020): Auf der ersten Corona-Demo in Berlin waren doch 30.000 Menschen, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-korrigiert-zahlen-nach-oben-auf-der-ersten-corona-demo-in-berlin-waren-doch-30-000-menschen/26136252.html>

Insbesondere gegen die Auslegung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) und Eingreifen in Grundrechte wird protestiert. Unter Berufung des §16 und §28 Infektionsschutzgesetz (IfSG) sind folgende Grundrechte eingeschränkt worden:²¹

- Das Recht auf Freizügigkeit (Art. 11):
Menschen dürfen nicht mehr überall hin gehen. So wurden Strände oder der Weg zu bestimmten Sehenswürdigkeiten gesperrt. Grenzen von Ländern wurden geschlossen.

- Das Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2):
Viele alltägliche Unternehmungsmöglichkeiten sind nicht mehr möglich. Kinos, Theater, Museen, Schwimmbäder und viele weitere Einrichtungen waren oder sind geschlossen.

- Das Recht auf Versammlungsfreiheit (Art. 8):
Die Bundesregierung verlangt, dass Demonstrationen nur stattfinden dürfen, wenn die Corona-Regel eingehalten werden können. So können Demonstrationen nicht oder nur eingeschränkt stattfinden, da die Regeln bei Versammlung von Menschenmassen nicht vollständig eingehalten werden können.

- Die Freiheit der Person (Art.2):
Wenn eine Person am Virus erkrankt ist, dann muss sie in Quarantäne. Das bedeutet das Haus darf mindestens 14 Tage nicht verlassen werden. Die Freiheit der Person ist also eingeschränkt.

- Die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13):
Wohnungen von infizierten Personen dürfen vom Amtsarzt unter bestimmten Umständen ungefragt betreten werden.

21 Spickschen, L., Meyer, D., Hilpert, W. (2020): bpb – Bundeszentrale für politische Bildung: Das Coronavirus und die Grundrechte; <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/politik-einfach-fuer-alle/309631/das-coronavirus-und-die-grundrechte>

- Das Recht auf Berufsfreiheit (Art. 12):
Seit März 2020 mussten viele Geschäfte, Gaststätten, Friseure etc. zeitweise schließen. Der gesamten Veranstaltungsbranche ist es zudem kaum möglich ihrer Tätigkeit nachzugehen. Beschäftigte konnten ihren Beruf somit teilweise nicht ausüben.

Die Versammlungsbehörde und Berlins Innensenator haben sich Ende August vor der 2. großen Corona-Demonstration für ein Verbot der Proteste entschieden. Geisel begründete die Entscheidung folgendermaßen: „Das ist keine Entscheidung gegen die Versammlungsfreiheit, sondern eine Entscheidung für den Infektionsschutz. Wir sind noch mitten in der Pandemie mit steigenden Infektionszahlen. Das kann man nicht leugnen. Wir müssen deshalb zwischen dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit und dem der Unversehrtheit des Lebens abwägen. Wir haben uns für das Leben entschieden.“²²

Die Initiatoren der Demonstrationen bezeichnen das Verbot als „feindlichen Angriff auf das Grundgesetz“ und wollen juristisch dagegen angehen. Als Folge wird das Verbot vom Verwaltungsgericht geprüft und annulliert. Laut dem Verwaltungsgericht gebe es keine ausreichenden Anhaltspunkte für eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Die Veranstalter dürfen somit unter Einhaltung mehrerer Hygieneauflagen die Demonstration durchführen.²³

22 Berlin.de (2020): Pressemitteilung: Berlin verbietet Corona-Demonstrationen,
<https://www.berlin.de/sen/inneres/presse/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.980587.php>

23 Tagesspiegel (2020): Kundgebungen gegen Corona-Politik dürfen stattfinden,
<https://www.tagesspiegel.de/berlin/streit-um-demonstration-in-berlin-kundgebungen-gegen-corona-politik-duerfen-stattfinden/26137262.html>



Die „zweite Welle“

Im September steigen die Infektionszahlen weiter an. Die Marke von 2.000 Infektionen am Tag ist nun öfter zu beobachten. Bis zum 30. September haben sich insgesamt 289.219 Menschen infiziert. Im Vergleich zum Vormonat sind das ca. 47.000 neue registrierte Fälle. 190 Menschen sind im September im Zusammenhang mit dem Virus gestorben.²⁴

Seit 2014 hat es Deutschland erfolgreich geschafft sich nicht mehr neu zu verschulden. Mit dem Beginn der Pandemie ist das jedoch nicht mehr möglich. Die Neuverschuldung für das komplette Jahr 2020 wird auf 217 Milliarden Euro geschätzt. Zudem verkündet Finanzminister Olaf Scholz im September, dass für das Jahr 2021 bereits mit ca. 96 Milliarden Euro Neuverschuldung geplant wird (siehe Abbildung 2). Das überschreitet deutlich die im Grundgesetz festgelegten Regeln der Schuldenbremse, die eine Neuverschuldung ausschließlich in Höhe von 10 Milliarden Euro zulassen. Für den Haushalt muss der Bundestag eine Ausnahmegenehmigung erteilen.²⁵

24 RKI (2020): Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19), https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Sept_2020/2020-09-30-de.pdf?__blob=publicationFile

25 Tagesschau (2020): Scholz plant 96 Milliarden neue Schulden, <https://www.tagesschau.de/inland/neuverschuldung-bund-101.html>

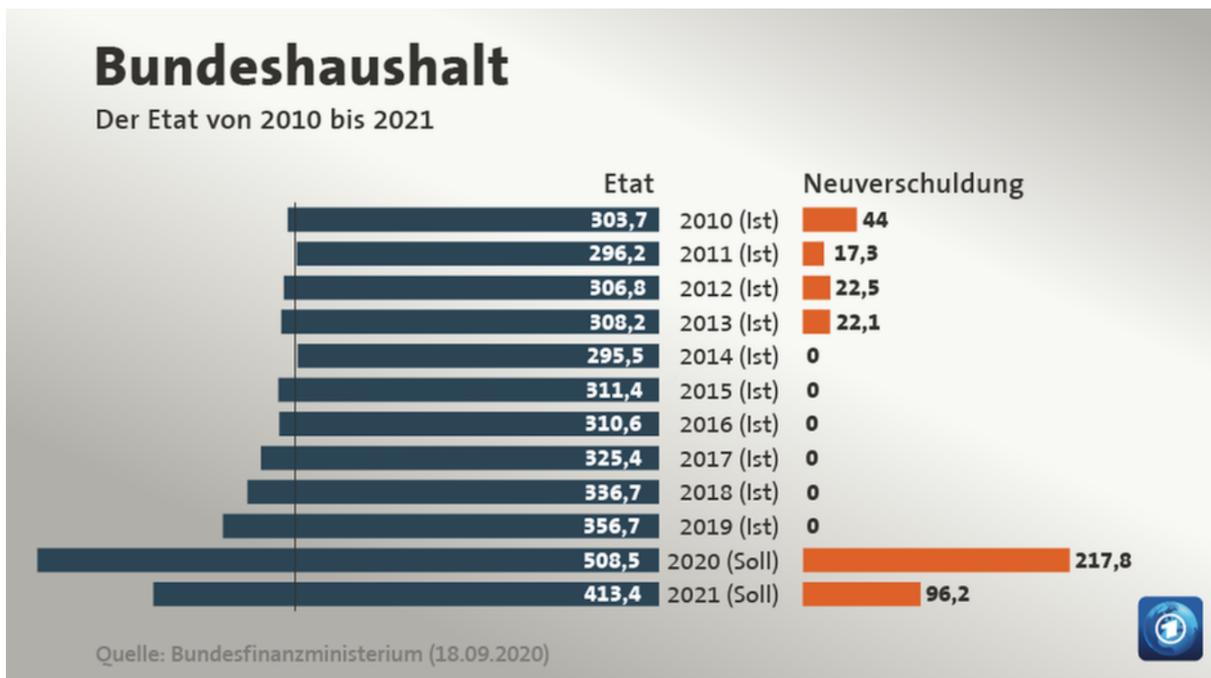


Abbildung 2: Bundshaushalt – Etat und Neuverschuldung von 2010 bis 2021

Logischerweise steigt mit der Neuverschuldung auch die Schuldenquote, welche sich aus dem Verhältnis der Schulden zum BIP berechnet. Im September 2020 steigt dieser Wert auf 75,25% und verzeichnet damit einen Zuwachs von ca. 15 Prozentpunkten im Vergleich zum Jahr 2019 (siehe Abbildung 3).¹⁵

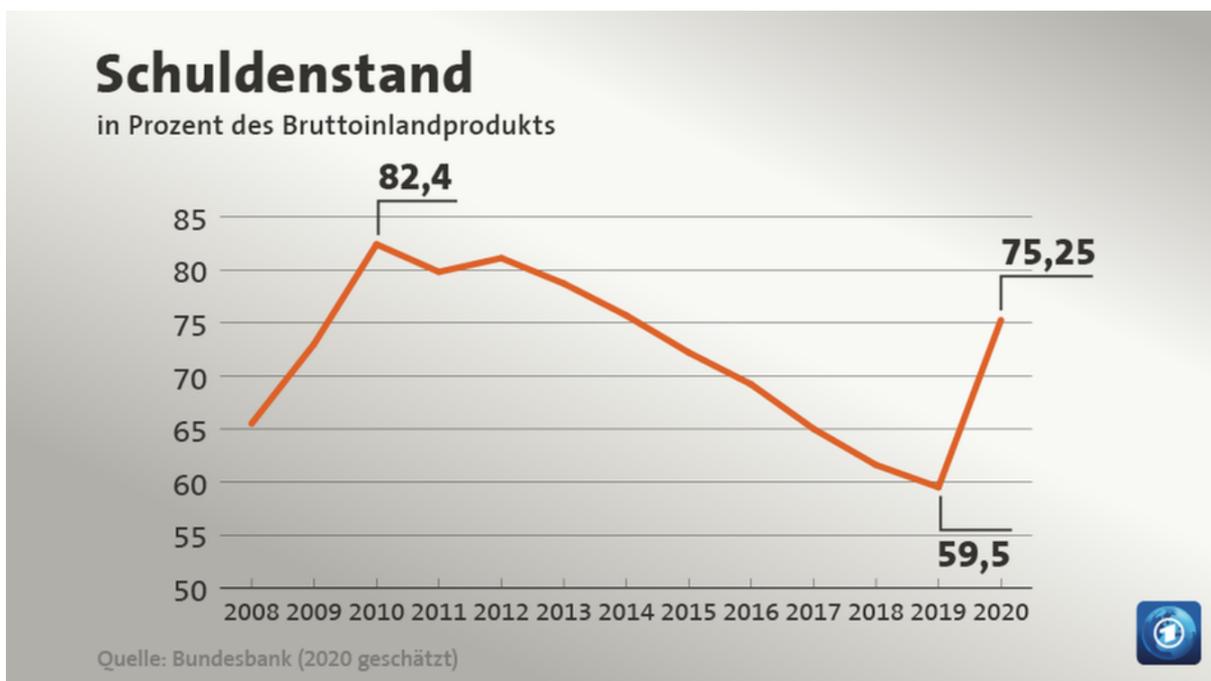


Abbildung 3: Schuldenstand in Prozent des Bruttoinlandprodukts¹⁵

Die Infektionslage verschlechtert sich in den ersten zwei Wochen des neuen Monats rasant. Bis Mitte Oktober steigt die Inzidenz²⁶ der letzten 7 Tage in Deutschland auf 34,1 Fälle pro 100.000 Einwohner. Ende September lag dieser Wert noch bei 14,5. In fast allen Bundesländern ist ein weiterer Anstieg der Infektionen in der Bevölkerung zu erkennen. Am 15. Oktober sind in Deutschland insgesamt 341.223 laborbestätigte COVID-19-Fälle an das RKI übermittelt worden, darunter 9.710 Todesfälle im Zusammenhang mit der COVID-19-Erkrankung.²⁷ Das entspricht einem Zuwachs von ca. 52.000 Neuinfektionen innerhalb eines halben Monats.

Als Folge, der sich verschlechterten Infektionslage tagen die 16 Ministerpräsidenten und Kanzlerin Angela Merkel am 14. Oktober, um über weitere und einheitliche Maßnahmen zu diskutieren. Bei ihrem Treffen haben Bund und Länder schärfere Corona-Beschränkungen wie eine erweiterte Maskenpflicht in der Öffentlichkeit, eine Sperrstunde in der Gastronomie um 23 Uhr, höchstens zwei Hausständen bei privaten Feiern und einiges mehr beschlossen. Angela Merkel erklärt, Deutschland befinde sich „bereits in der exponentiellen Phase“. Eine zweite Welle könne sich das Land ökonomisch auch nicht mehr leisten. Markus Söder, Ministerpräsident Bayerns, wird sogar noch direkter: "Die zweite Welle ist da. Die Lage ist jetzt ein bisschen gefährlicher fast als im Frühjahr. Wir sind dem zweiten Lockdown näher, als wir das wahrhaben wollen.“²⁸

Kritik an dem Treffen gibt es vor allem aus der FDP und von den Linken. Konstantin Kuhle, innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, ist der Meinung, dass Corona-Beschränkungen nicht allein Sache von Bundesregierung und Landesregierungen sind. „Insbesondere die Landtage müssen die Corona-Maßnahmen parlamentarisch beraten. Außerdem müsse der Bundestag die epidemische Lage nationaler Tragweite aufheben.“, so Kuhle. Er bezieht sich damit auf die Sonderregelung²⁹, die der Bundestag ende März erlassen hat und zum Beispiel Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) mehr Rechte in seinen Aktionen verschafft. Bundestagsvizepräsidentin

26 Anzahl der Neuinfektionen während eines bestimmten Zeitraumes

27 RKI (2020): Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) – 15.10.2020, https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Okt_2020/2020-10-15-de.pdf?__blob=publicationFile

28 ZDF (2020): Merkel: Wir sind in der exponentiellen Phase, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-gipfel-merkel-maskenpflicht-100.html>

29 Gemeint ist das Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (erlassen am 27. März 2020 im Bundesgesetzblatt Teil 1 S.587)

Petra Pau (Die Linke) sieht darin eine Machtverschiebung hin zur Exekutive auf Kosten der Parlamente.²⁸

In einer Pressemitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wird die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Oktober 2020 dargestellt. Aus diesem geht hervor, dass die deutsche Wirtschaft sich langsam zu erholen scheint. Nach der ersten stärkeren Belebung im Mai und Juni aufgrund des Endes des Lockdowns, schreitet der Erholungsprozesses jedoch etwas langsamer voran. Die Pandemie führt weiterhin zu Veränderungen im Verhalten von Verbrauchern und Investoren. Besonders betroffen ist der Wirtschaftszweig, für den die soziale Interaktion eine große Rolle spielt. Trotz der besorgniserregenden Infektion zeigen die aktuellen Wirtschaftsindikatoren, dass sich die Wirtschaft mit den umfangreichen wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung weiter erholt. Für das vierte Quartal deuten Indikatoren darauf hin, dass der Erholungsprozess fortgesetzt wird, wenn auch nicht so schnell wie erhofft. Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrer neuesten Gemeinschaftsdiagnose mittlerweile von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr um **5,4 Prozent** aus. Im Frühjahr hatten die Institute noch einen Rückgang von 4,2 Prozent prognostiziert.³⁰ Das Wirtschaftswachstum für 2021 wird zudem auf nur noch **4,7 Prozent** anstatt 5,8 Prozent geschätzt.³¹

Auch die Beschäftigung nahm im Oktober leicht zu und die Arbeitslosigkeit ist bei abflachender Kurzarbeit etwas zurückgegangen. Bis das Niveau vor Ausbruch der Corona-Pandemie jedoch erreicht ist, soll es aber noch einige Quartale dauern. Das Stellenangebot und somit die Nachfrage nach Arbeitskräften nimmt eher langsam zu. Zudem ist ein sinkender Trend bei der Kurzarbeit beobachtbar gewesen. In Anspruch genommen wurde sie im Juli von 4,2 Mio. Beschäftigten, das waren knapp 400.000 Personen weniger als im Juni. Die registrierte Arbeitslosigkeit ist im September ebenfalls zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit ist auf 2,85 Mio. Personen gesunken. Der Vorjahresabstand hat sich damit auf +613.000 Personen verringert.³⁰

30 BMWi (2020): Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Oktober 2020, <https://www.google.com/search?q=bmwi&aq=chrome..69i57j35i39j0j69i60l3.1072j0j7&sourceid=chrome&ie=UTF-8>

31 Tagesschau (2020): Wirtschaftseinbruch stärker als erwartet, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/herbstgutachten-129.html>

Das Infektionsgeschehen verbessert sich bis Ende des Monats trotz der neuen Maßnahmen nicht. Die Lage verschlechtert sich sogar. Die kumulative Anzahl der Infektionen ist bis Ende Oktober auf insgesamt 518.753 angestiegen. Die Todesfälle belaufen sich auf 10.452. Die 7-Tage-Inzidenz beträgt zum 31.10.2020 110,9 und hat sich somit seit dem 15.10.2020 fast verdreifacht. Mit knapp 14.000 Neuinfektionen wurde Ende Oktober auch ein neuer Rekord bis zum Zeitpunkt gemessen (siehe Abbildung 4).³²

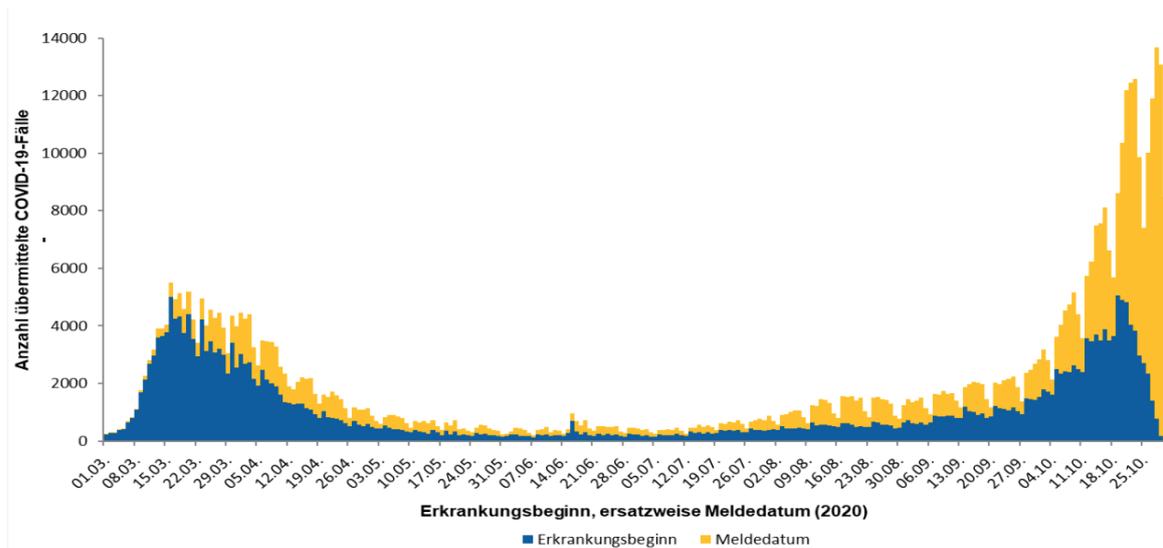


Abbildung 4: Anzahl der an das RKI übermittelten COVID-19-Fälle nach Erkrankungsbeginn, ersatzweise nach Meldedatum

Mit Stand 31.10.2020 wurden 28.970 Intensivbetten registriert, wovon 21.286 (73 %) belegt sind. 7.684 (27 %) Betten sind aktuell frei. Die Anzahl der intensivmedizinisch behandelten COVID-19-Fälle beläuft sich auf 1.944 wovon 1.004 invasiv beatmet werden müssen.²³

Als Reaktion auf das Infektionsgeschehen beschließen Bund und Länder die Maßnahmen ein weiteres Mal zu verschärfen. Die neuen Maßnahmen gelten ab dem 2. November 2020 und werden entgegen des föderalistischen Ansatzes deutschlandweit umgesetzt. Unter anderem wurden strengere Kontaktbeschränkungen, die Schließung von Restaurants, Kinos, Theater, Opern-

³² RKI (2020): Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) - 31.10.2020, https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Okt_2020/2020-10-31-de.pdf?__blob=publicationFile

und Konzertsäle sowie andere Freizeiteinrichtungen erlassen. Der Beschluss der Verschärfung sollte bis Ende November gelten, um der Bevölkerung ein Weihnachtsfest zu ermöglichen. Die Bundesregierung bezeichnet den Lockdown als "Wellenbrecher-Shutdown", welcher dem Infektionstrend entgegenwirken und brechen soll. Der Einzelhandel bleibt unter Hygieneauflagen geöffnet. Es muss aber sichergestellt werden, dass sich in den Geschäften nicht mehr als ein Kunde pro zehn Quadratmeter aufhalte.³³

Die Resonanz von Wirtschaftsexperten zum geplanten Lockdown ist größtenteils negativ. Michael Hüther, Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) sagt: „Die Branchen des sozialen Konsums haben aktuell keine Chance auf Gesundung.“ Gemeint sind Restaurants, Kultur, Events und Tourismus, welche sich schon während des abgeflauten Infektionsgeschehens im Sommer nicht vollständig erholen konnten. Die neuen Maßnahmen verlängern und erschweren die Krise nur noch weiter.³⁴

Viele Restaurants und Kneipen in Deutschland standen schon vor dem Teil-Lockdown im November stark unter Druck. Laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) meldeten 42 Prozent der Gastronomie-Unternehmen eine schlechte Geschäftslage. In der Gesamtwirtschaft galt dies für 29 Prozent. In der Umfrage gaben 34 Prozent der befragten Gastronomen an, unter Liquiditätsengpässen zu leiden. Bei 55 Prozent der Firmen ging das Eigenkapital zurück. Über alle Branchen sei die Liquidität für 19 Prozent der Befragten ein Problem, Eigenkapital für 28 Prozent.³⁴

Der DIW-Ökonom Marcel Fratzscher äußert sich zudem in einem Interview mit der Tagesschau folgendermaßen: „die Pleitewelle wird kommen. Die Frage ist, wie stark sie sein wird. Auch hier gilt: Je schlimmer die zweite Corona-Welle, desto mehr Firmenpleiten wird es geben. Für Unternehmen ist Zeit der kritische Faktor. Wenn wir das Virus in den nächsten vier Wochen stoppen, wird der wirtschaftliche Schaden

33 Frankfurter Rundschau (2020): Merkel und Länderchefs beschließen Lockdown: Welche Regeln ab jetzt in Deutschland gelten, <https://www.fr.de/politik/corona-regeln-lockdown-angela-merkel-deutschland-kontaktbeschraenkungen-montag-berlin-90082814.html>

34 Handelsblatt (2020): Zweiter Lockdown spaltet die Wirtschaft, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/coronakrise-zweiter-lockdown-spaltet-die-wirtschaft-/26580304.html?ticket=ST-4201892-i0vSjaBbHxLcrNjUgQ90-ap5>

begrenzt bleiben. Wenn nicht, dann halte ich es für recht wahrscheinlich, dass die deutsche Wirtschaft wieder in den Abschwung gerät.“³⁵

Nach den Berechnungen des DIW-Instituts (Deutsches Institut für Wirtschaft und Forschung) wird der zweite Lockdown finanziell erhebliche Schäden anrichten. Kosten in Höhe von insgesamt rund 19,3 Milliarden Euro werden anfallen. Mit Einbußen von 5,8 Milliarden Euro sind demnach Gastronomie und Hotels am härtesten betroffen. Das wäre ein Verlust von 55 Prozent der üblichen Wirtschaftsleistung in einem Vierteljahr. Auch der Arbeitsmarkt wird vom zweiten Lockdown wieder beeinflusst werden. Die Zahl der Beschäftigten wird nach der Prognose des DIW im vierten Quartal 2020 um knapp 100.000 sinken. Die Zahl der Kurzarbeiter soll bis Ende des Jahres um 400.000 auf 3,2 Millionen steigen.³⁶

35 Tagesschau (2020): "Die Pleitewelle wird kommen", <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/interview-marcel-fratzscher-diw-101.html>

36 Handelsblatt (2020): DIW: Zweiter Lockdown kostet Wirtschaft 19 Milliarden Euro, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/coronakrise-diw-zweiter-lockdown-kostet-wirtschaft-19-milliarden-euro/26579632.html>

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland Veränderung gegenüber Vorjahr, in Prozent, preisbereinigt, verkettet			
	2019	DIHK-Prognose 2020	DIHK-Prognose 2021
BIP	0,6%	-6,0%	4,0%
Private Konsumausgaben	1,6%	-6,6%	4,0%
Konsumausgaben des Staates	2,7%	3,5%	1,7%
Bruttoanlageinvestitionen	2,5%	-4,7%	4,5%
– Ausrüstungen	0,5%	-18,0%	10,5%
– sonstige Anlagen	2,7%	-2,5%	3,2%
– Bauten	3,8%	3,0%	1,9%
Export (Waren und Dienstleistungen)	1,0%	-13,0%	8,7%
Import (Waren und Dienstleistungen)	2,6%	-10,0%	8,4%
Erwerbstätige (Veränderung in Tausend)	+400	-415	+140
Verbraucherpreise	1,4	0,6	1,4

Tabelle 5: DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland²⁸

Im Bericht der DIHK-Konjunkturumfrage für den Herbst 2020 werden ca. 30.000 Unternehmen zu ihrer aktuellen Geschäftslage befragt. Über alle Wirtschaftszweige hinweg bewerten 28 Prozent der Unternehmen die Lage im Herbst als gut und 29 Prozent als schlecht. Ausschließlich ein Fünftel der Unternehmen gibt an, dass ihre Geschäftstätigkeit bereits wieder auf oder über dem Niveau von vor der Krise ist. 61 Prozent der deutschen Unternehmen rechnen mit einem Rückgang des Umsatzes für das Jahr 2020. Als Top-Risiken werden Inlands- und Auslandsnachfrage angegeben.

In Anlehnung an die Ergebnisse der Umfrage hat der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) eine Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland aufgestellt (siehe Tabelle 5). Aus dieser geht u.a. hervor, dass der Einbruch des BIPs sich mittlerweile auf **6 Prozent** beläuft. Der erwartete Anstieg für das kommende Jahr beläuft sich nur noch auf **4 Prozent**. Aus der Pressemitteilung des BMWi wurde im Oktober noch mit einem Einbruch des BIPs in Höhe von 5,4 Prozent gerechnet. Das Wirtschaftswachstum wurde auf 4,7 Prozent geschätzt.³⁷

Am 09. November 2020 gibt es erste positive Nachrichten bezüglich eines möglichen Impfstoffes. Das Mainzer Unternehmen Biontech hat zusammen mit seinem US-Partner Pfizer erste Ergebnisse aus der laufenden Studie zu ihrem Impfstoff-Kandidaten vorgelegt. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass der Impfstoff einen mehr als 90-prozentigen Schutz vor einer Covid-19-Erkrankung bietet.³⁸

Mitte des Monats setzt die Bundesregierung eine neue Version des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) durch. Im IfSG ist bisher nur allgemein von "notwendigen Schutzmaßnahmen" die Rede gewesen, die die "zuständige Behörde" treffen könne. Mit der Gesetzesnovelle wird nun ein neuer Paragraph ergänzt, welcher die Schutzmaßnahmen von Landesregierungen und Behörden konkret bestimmt. Es sei ein "gutes und dringend notwendiges Gesetz", findet die gesundheitspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Karin Maag.³⁹

Die Art der Durchsetzung des neuen Infektionsschutzgesetzes missfällt jedoch vielen Abgeordneten im Parlament. FDP-Chef Christian Lindner entgegnet beispielsweise: „Die geplanten Neuregelungen gäben den Regierungen keine Leitplanken vor, sondern stellten ihnen "einen Freifahrtschein" aus. Dabei müssten "wir als Parlament" die Entscheidungen der Regierungen lenken, wenn in Grundrechte eingegriffen werde.“ Nach Ansicht der Linkspartei bedarf jeder Eingriff in die Grund- und Freiheitsrechte der Zustimmung oder Ablehnung durch den Bundestag. Das aber sei leider nicht vorgesehen, daher lehne man das Gesetz ab. Scharf kritisiert

37 DIHK, IHK (2020): Langer Aufholprozess für die deutsche Wirtschaft - DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2020, <https://www.dihk.de/resource/blob/31958/578b82d7cdb131066c505341f0aef46c/dihk-konjunkturumfrage-herbst-2020-kurzfassung-data.pdf>

38 Tagesschau (2020): "Großartige und vielversprechende Daten", <https://www.tagesschau.de/inland/biontech-corona-impfstoff-105.html>

39 Tagesschau (2020): Demokratie im Schnellverfahren, <https://www.tagesschau.de/inland/infektionsschutzgesetz-bundestag-103.html>

Linken-Politiker Jan Korte auch die Ministerpräsidentenrunden mit Kanzlerin Angela Merkel - sie hätten "monarchische Züge". So verspiele man Akzeptanz bei der Bevölkerung.⁴⁰

Am 25. November 2020 beschließen Bund und Länder eine Verlängerung des Lockdowns bis zum 10. Dezember. Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte zwar, dass der exponentielle Anstieg der Infektionszahlen gebrochen worden sei, "aber das ist nur ein Teilerfolg. Wir können uns mit diesem Teilerfolg auf gar keinen Fall begnügen", betonte sie. Es brauche "noch einmal eine Kraftanstrengung" im Kampf gegen das Coronavirus. Zum Zeitpunkt steigen die Infektionszahlen in Deutschland zwar nicht mehr so schnell an, sie sinken aber auch nicht stark genug. Das Robert-Koch-Institut meldet am Tag des Beschlusses 18.633 neue Fälle. Die Zahl der Todesfälle im Zusammenhang mit dem Coronavirus stieg um 410 auf einen neuen Höchstwert.⁴¹



Der harte Lockdown

Eine Woche vor dem ursprünglich geplantem Lockdown-Ende, wird dieser abermals verlängert. Das neue Ziel der Öffnung soll der 10. Januar 2021 sein. In Anbetracht der weiter steigenden Corona-Infektionszahlen einigen sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder mit Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einem einberufenen Bund-Länder-Gipfel auf einen harten Lockdown ab dem 16. Dezember. Das bedeutet nur Geschäfte für den täglichen Bedarf (z.B. Supermärkte, Apotheken, Drogerien etc.) dürfen offenbleiben.⁴²

40 ebenda

41 BR24 (2020): Teil-Lockdown verlängert und verschärft - Ausnahme Weihnachten, <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/br24live-corona-gipfel-laeuft-teil-lockdown-vor-verlaengerung,SHML4LA>

42 NDR (2021): Corona-Chronologie: Dezember 2020, <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Corona-Chronologie-Dezember-2020,coronachronologie130.html>

25 Chronik der Covid-19 Krise (Dez 19 – Feb 21)

Angesichts der dynamischen Infektionslage und Durchsetzung verschiedenster Maßnahmen wird eine Konjunkturprognose der Wirtschaftsinstitute immer schwerer. Während das DIHK von einem Wirtschaftswachstum von 4 Prozent für das kommende Jahr ausgeht, prognostiziert das Ifo-Institut im Dezember ein Wirtschaftswachstum von **4,2 Prozent** in Deutschland. Die Prognose basiert jedoch darauf, dass die seit Anfang November geltenden Infektionsschutzmaßnahmen unverändert bis März 2021 in Kraft bleiben. Die Umsetzung der harten Maßnahmen ab dem 16. Dezember wurden nicht inkludiert. Das Düsseldorfer Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) zeigt sich dagegen optimistischer. Die IMK-Forscher erwarten demnach für das anstehende Jahr ein Wirtschaftswachstum von **4,9 Prozent**, nachdem die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um **5 Prozent** sinke. Vor allem eine stabile Entwicklung der Industrie werde ein weiteres Sinken der Wirtschaftsleistung verhindern, argumentierten die Forscher. Das IMK ist mit seinen Prognosen nicht nur optimistischer als das Ifo-Institut, sondern übertrifft auch die Erwartungen der Bundesbank. Die Behörde erwartet nur **3 Prozent** Wachstum im kommenden Jahr und einen Wirtschaftseinbruch von **5,5 Prozent** in diesem Jahr (siehe Abbildung 5).⁴³

Erholung der Wirtschaft für 2021 erwartet

Prognosen für die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts **2020** und **2021**

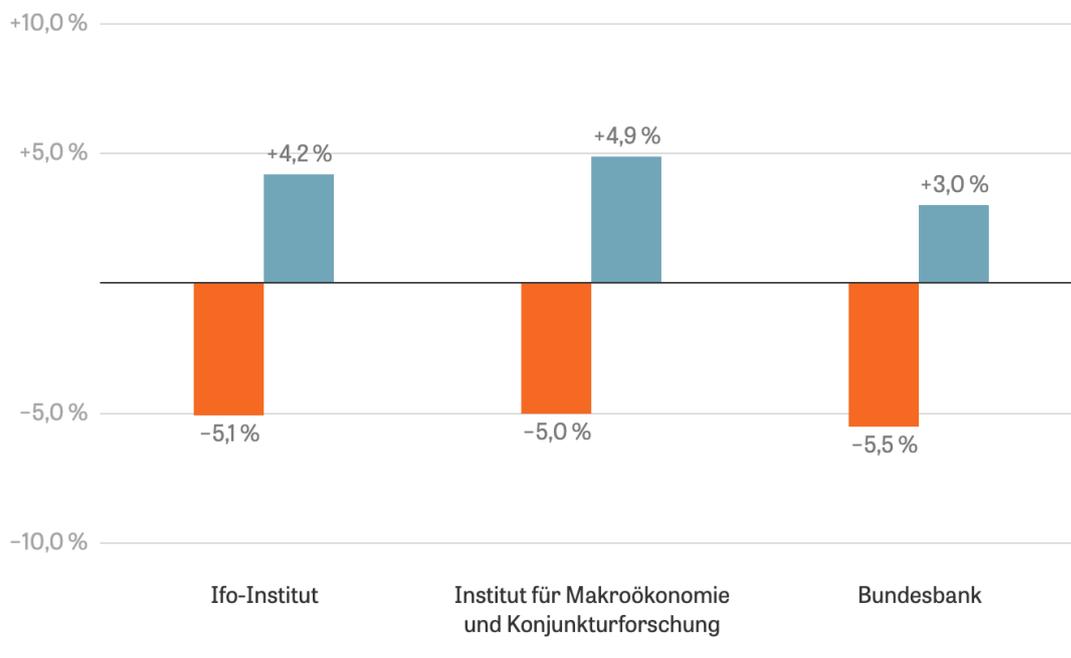


Abbildung 5: Prognosen für die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts 2020 und 2021

43 Zeit Online (2020): Ifo-Institut senkt Wachstumsprognose auf 4,2 Prozent, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-12/corona-schulden-rezession-lockdown-imk-hans-boeckler-stiftung>
26 Chronik der Covid-19 Krise (Dez 19 – Feb 21)

Nach den Nachrichten im November zu einem möglichen Impfstoff, geben Anfang Dezember die Firma Biontech und das US-Pharmaunternehmen Pfizer bekannt, bei der Europäischen Arzneimittel-Agentur (Ema) die Zulassung für ihren Corona-Impfstoff in der EU zu beantragen. In einem beschleunigten Zulassungsverfahren hat der Ausschuss für Humanarzneimittel bei der EMA am 21.12.2020 der Europäischen Kommission empfohlen, für den COVID-19-Impfstoff BNT162b2 eine bedingte Zulassung auszusprechen (nur für Personen älter als 16 Jahre).⁴⁴

Gegen Ende Dezember 2020 wird bekannt, dass sich in Großbritannien eine mutierte Variante des SARS-CoV-2 Erregers verbreitet. Nach ersten Erkenntnissen britischer Wissenschaftler ist die entdeckte Variante um bis zu 70 Prozent ansteckender als die bisher bekannte Form. Der deutsche Gesundheitsexperte und Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach (SPD) warnt zudem vor weiteren Mutationen des Virus. „Es ist sehr wahrscheinlich, dass Mutationen die Ansteckungsgefahr erhöhen. Das ist ein weiterer Grund dafür, dass die zweite Welle nicht so stark werden darf. Je mehr Ansteckungen man zulässt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass noch gefährlichere Mutationen folgen“, erklärt Lauterbach.⁴⁵

Seit dem 27. Dezember 2020 wird in Deutschland gegen das Coronavirus geimpft. Zunächst sollen Bewohner von Alten- und Pflegeheimen, Menschen über 80 Jahre sowie Pflegekräfte und besonders gefährdetes Krankenhauspersonal mit dem BioNTech Impfstoff versorgt werden. Ungefähr 1,3 Millionen Dosen sind an die Bundesländer geliefert worden. Im Januar soll der Impfstoff eines anderen Herstellers dazukommen. Die Bundesregierung rechnet für den 6. Januar mit der EU-Zulassung des Impfstoffs von Moderna. „Die genauen Lieferpläne für diesen Impfstoff werden wir dann zügig mit der EU und dem Unternehmen abstimmen“, kündigte das Ministerium an. Die Impfungen verlaufen sehr schleppend. Grund dafür ist unter anderem, dass zu wenig Impfstoff zur Verfügung steht. Deutschland habe sich bei der Beschaffung des Impfstoffes auf den europäischen Weg festgelegt,

44 Paul-Ehrlich-Institut (2020): Europäische Kommission erteilt Zulassung des COVID-19-Impfstoffs von BioNTech/Pfizer für die Europäische Union, <https://www.pei.de/DE/newsroom/hp-meldungen/2020/201221-europaeische-kommission-erteilt-zulassung-covid-19-impfstoff-biontech-pfizer-eu.html>

45 ÄrzteZeitung (2020): Sorge wegen neuer Coronavirus-Variante in England, <https://www.aerztezeitung.de/Politik/Sorge-wegen-neuer-Coronavirus-Variante-in-England-415769.html>

betont Gesundheitsminister Spahn. Daher könne nur auf das zugegriffen werden, was die EU beschafft hat.⁴⁶

Am 31.12.2020 werden 32.552 neue Infektionsfälle und 964 neue Todesfälle an das Robert-Koch-Institut übermittelt. Die 7-Tage-Inzidenz liegt deutschlandweit bei 140 Fällen pro 100.000 Einwohner. Zum Zeitpunkt befinden sich 5.639 COVID-19-Fälle in intensivmedizinischer Behandlung. Kumulativ steht Deutschland Ende Dezember bei insgesamt 1.719.737 registrierten Infektionen mit dem SARS-CoV-2 Erreger.⁴⁷

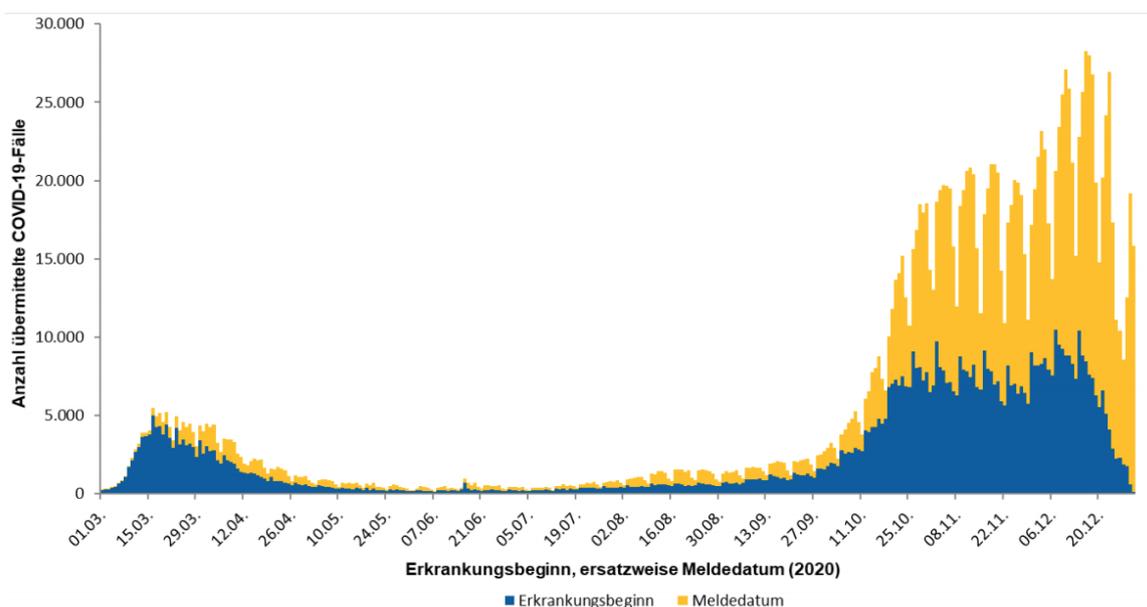


Abbildung 6: Anzahl der an das RKI übermittelten COVID-19-Fälle nach Erkrankungsbeginn, ersatzweise nach Meldedatum. Dargestellt werden nur Fälle mit Erkrankungsbeginn oder Meldedatum seit dem 01.03.2020 (31.12.2020)

In Abbildung 6 wird der zeitliche Verlauf und die zweite Infektionswelle ab Herbst mit den Spitzenwerten um die 30.000 Neuinfektionen am Tag im Dezember ersichtlich.

46 Handelsblatt (2021): Eine Woche nach Corona-Impfstart in Deutschland – Wo es noch ruckelt und warum, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/covid-19-eine-woche-nach-corona-impfstart-in-deutschland-wo-es-noch-ruckelt-und-warum/26764450.html?ticket=ST-5203962-FbhhdI3Fx7DxDiDF0mHX-ap2>

47 RKI (2020): Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) - 31.12.2020

Das RKI schätzt die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland Ende Dezember aufgrund der hohen Zahl an Neuinfektionen als sehr hoch ein.

Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands ist im Jahr 2020 letztendlich insgesamt um **5 Prozent** gesunken. Die deutsche Wirtschaft ist damit nach einer zehnjährigen Wachstumsphase aufgrund der Corona Pandemie 2020 in eine tiefe Rezession geraten, wie sie das Land zuletzt während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 erlebt hat. Der konjunkturelle Einbruch fiel im Jahr 2020 jedoch insgesamt weniger stark aus als 2009 mit -5,7 Prozent (siehe Abbildung 7).⁴⁸

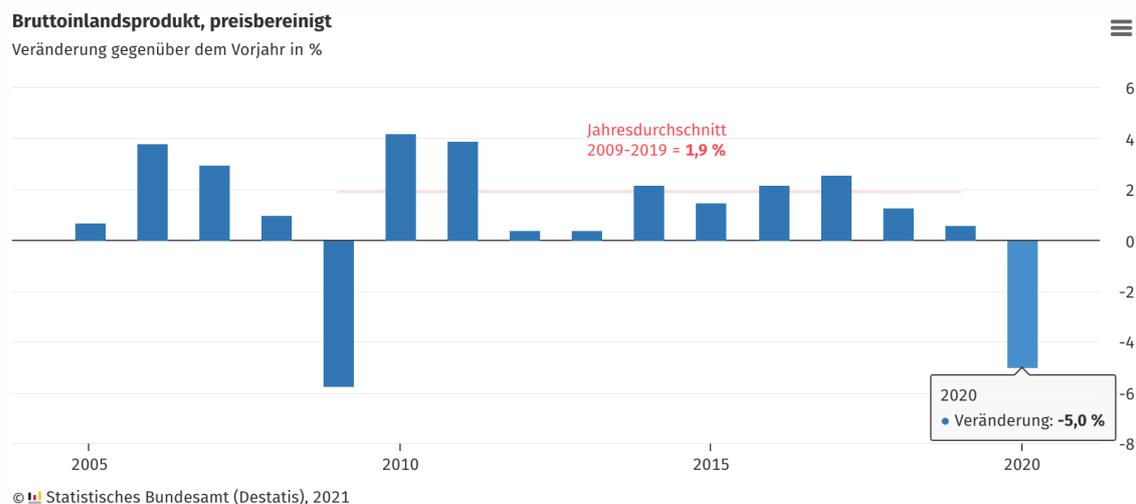


Abbildung 7: Bruttoinlandsprodukt, preisbedingt

Die pandemiebedingten Maßnahmen haben im Jahr 2020 in fast allen Wirtschaftssektoren deutliche Spuren hinterlassen. Sowohl die Produktion im Dienstleistungssektor als auch im verarbeitenden Gewerbe sind stark eingeschränkt worden.⁴⁹

Der wirtschaftliche Abschwung war besonders deutlich in den Dienstleistungssektoren, von denen einige einen stärkeren Abschwung hatten als jemals zuvor. Ein Beispiel hierfür ist der kombinierte Wirtschaftssektor aus Handel, Verkehr und Gastgewerbe, dessen preisbereinigte Wirtschaftsleistung um 6,3% unter dem Wert von 2019 lag. Der E-Commerce-Handel hingegen ist erheblich gewachsen. Strenge Einschränkungen in Bezug auf Wohnen und Gastronomie

48 Statistisches Bundesamt (2021): Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um 5,0 % gesunken
Deutsche Wirtschaft im Corona-Krisenjahr 2020 schwer getroffen,
https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/01/PD21_020_811.html

49 ebenda

haben zu einem historischen Rückgang im Gastgewerbe geführt. Ausschließlich das Baugewerbe konnte sich während der Pandemie behaupten. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung nahm hier im Vorjahresvergleich um 1,4 % zu.⁵⁰

Die Wirtschaftsleistung ist im Jahresdurchschnitt 2020 von 44,8 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland erbracht worden. Das sind 477.000 Personen bzw. 1,1 Prozent weniger als 2019 gewesen. Damit ist aufgrund der Corona-Pandemie und den getroffenen Maßnahmen der über 14 Jahre andauernde Anstieg der Erwerbstätigkeit, der sogar die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 überstanden hatte, beendet worden. Besonders betroffen sind Minijobber und Selbstständige gewesen, während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stabil geblieben ist.⁵¹

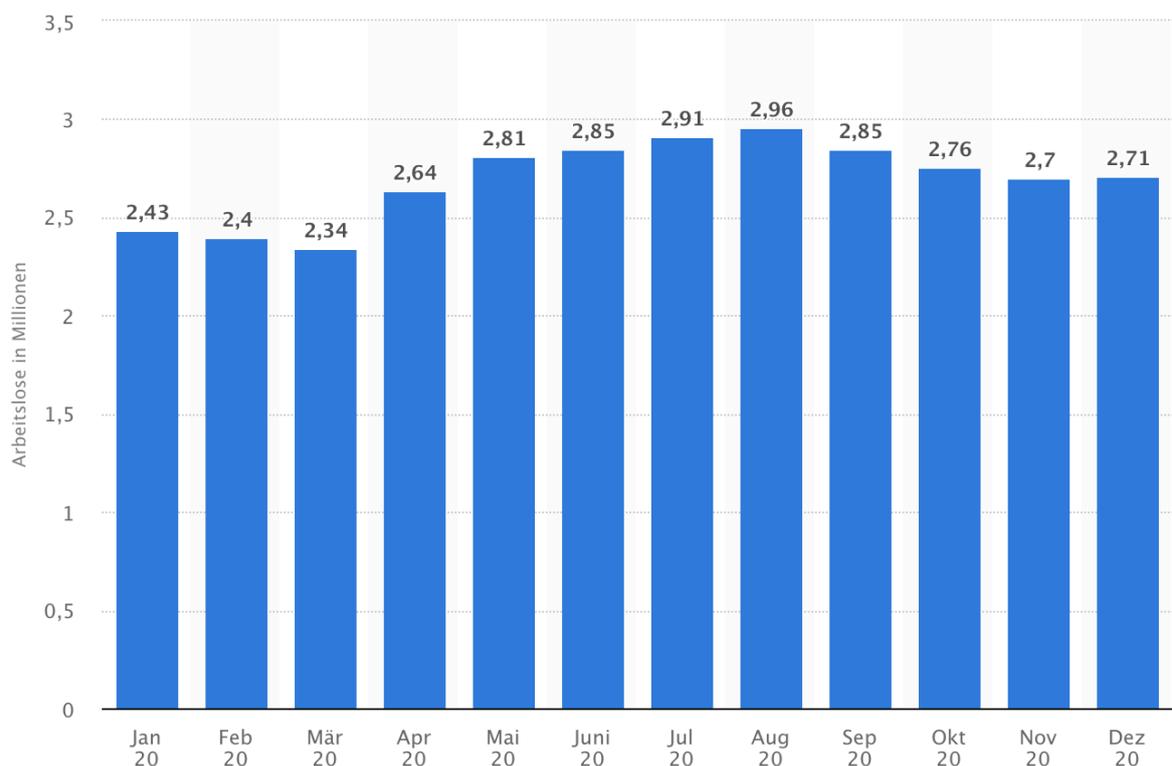


Abbildung 8: Arbeitslosenzahl in Deutschland - Monatsdurchschnittswerte bis Dezember 2020⁵²

50 ebenda

51 ebenda

52 Statista (2021): Arbeitslosenzahl in Deutschland - Monatsdurchschnittswerte bis Januar 2021, Erhebung und Veröffentlichung durch Bundesagentur für Arbeit, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1319/umfrage/aktuelle-arbeitslosenzahl-in-deutschland-monatsdurchschnittswerte/>

Die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 2020 hat bei 2.695.000 gelegen. Im Dezember 2020 hat es Jahresabschließend ca. 2,71 Millionen Arbeitslose in Deutschland gegeben (siehe Abbildung 8). Die durchschnittliche Arbeitslosenzahl gegenüber dem Jahr 2019 ist um 429.000 gestiegen. Das entspricht einer Steigerung der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt gegenüber Vorjahr von +0,9 Prozentpunkten auf 5,9 Prozent (siehe Abbildung 9). Schon zu Beginn des Jahres 2020 hat die schwächere Konjunktur einer positiven Entwicklung bezüglich der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt. Ab März 2020 haben als Folge der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zugenommen. Durch vereinzelte Lockerungen der Maßnahmen hat sich der Arbeitsmarkt im weiteren Jahresverlauf teilweise etwas erholen können.⁵³

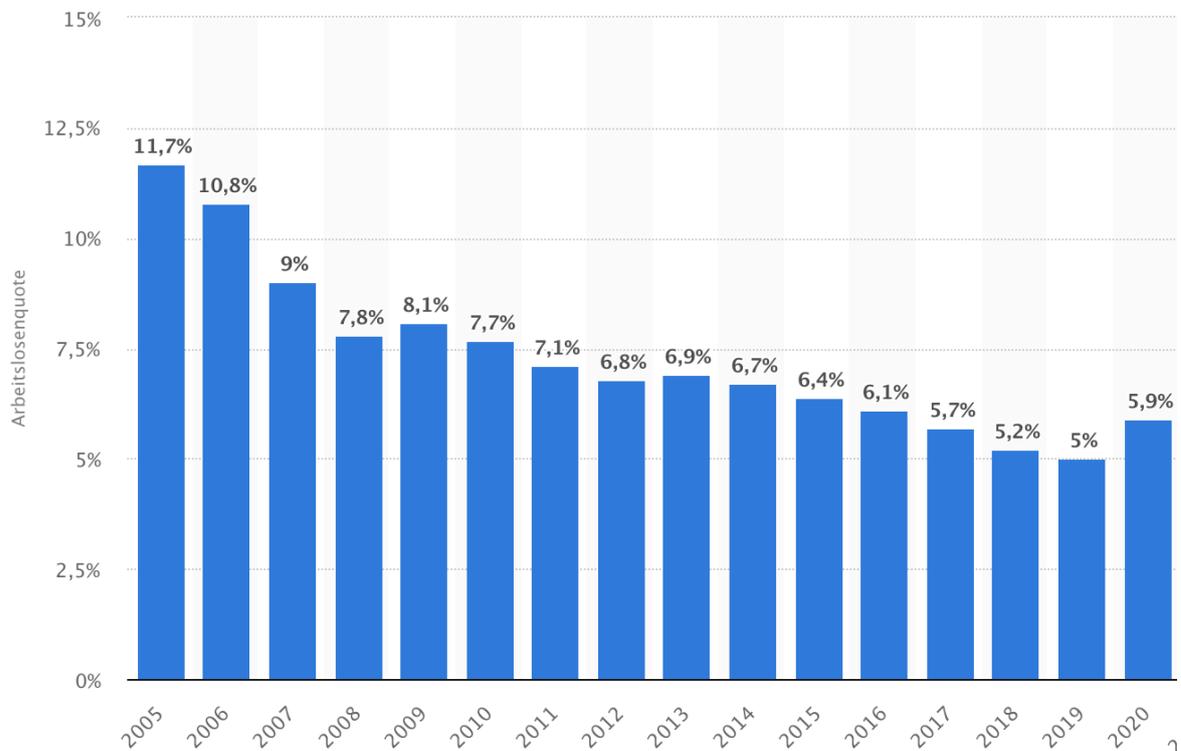


Abbildung 9: Arbeitslosenquote in Deutschland im Jahresdurchschnitt von 2005 bis 2020⁵⁴

Die Kurzarbeit hat 2020 seit dem ersten Lockdown im März im Eiltempo ein historisches Niveau erreicht. Im April ist mit ca. 6 Millionen Personen in Kurzarbeit

53 Bundesagentur für Arbeit (2021): Jahresrückblick 2020 Arbeitsmarkt wegen Corona-Krise stark unter Druck, <https://www.arbeitsagentur.de/presse/2021-02-jahresrueckblick-2020>; 05.01.2021 | Presseinfo Nr. 2,

54 Statista (2021): Arbeitslosenquote in Deutschland im Jahresdurchschnitt von 2005 bis 2021; Erhebung und Veröffentlichung von Bundesagentur für Arbeit; Name der Erhebung: Der Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland,

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1224/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-seit-1995/>

der Höchststand gemessen worden. Das entspricht 18 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. In der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 hatte der Höchststand an beanspruchter Kurzarbeit bei 1,4 Millionen gelegen. Anders als damals haben im Frühjahr 2020 nicht nur Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, sondern auch viele Dienstleistungsbetriebe wie beispielsweise das Hotel- und Gastgewerbe viel Kurzarbeit bezogen. In der Spitze haben 63 Prozent der Beschäftigten im Gastgewerbe und 27 Prozent im Verarbeitenden Gewerbe konjunkturelles Kurzarbeitergeld beantragt.⁴⁸

Die staatlichen Haushalte haben das Jahr 2020 mit einem Finanzierungsdefizit von 158,2 Milliarden Euro beendet. Das ist das zweithöchste Defizit seit der deutschen Vereinigung und das erste seit 2011. Ausschließlich das Rekorddefizit im Jahr 1995, in dem die Treuhandschulden in den Staatshaushalt übernommen wurden, übertrifft das Defizit 2020. Der Bund hatte mit 98,3 Milliarden Euro den größten Anteil am Finanzierungsdefizit, gefolgt von den Ländern mit 26,1 Milliarden Euro, den Sozialversicherungen mit 31,8 Milliarden Euro und den Gemeinden mit 2,0 Milliarden Euro. Gemessen am nominalen BIP errechnet sich für den Staat im Jahr 2020 eine Defizitquote von 4,8 Prozent. Der europäische Referenzwert des Stabilitäts- und Wachstumspakts von 3 % und die Zielgröße für die nationale Schuldenbremse wurden deutlich verfehlt.⁴⁸

Zu Beginn des neuen Jahres beschließen Bund und Länder den Lockdown aufgrund der weiter hohen Infektionszahlen wiederholt bis zum 31. Januar zu verlängern. Personen in Regionen, in der die 7-Tage-Inzidenz bei über 200 Fällen pro 100.000 Einwohnern liegt, sollen sich nur noch in einem Radius von 15 Kilometern um den Wohnort bewegen dürfen. Ausschließlich bei triftigen Gründen dürfe eine Ausnahme gemacht akzeptiert werden. Zudem dürfen Mitglieder eines Haushaltes sich nur noch mit einer weiteren nicht im Haushalt lebenden Person treffen. Wirtschaftlich sieht sich Deutschland laut Aussagen von Olaf Scholz gerüstet. "Nach den gegenwärtigen Berechnungen werden wir, selbst wenn es sehr schlimm kommt, eine geringere Staatsverschuldung haben als nach der großen Finanzkrise", sagt der Bundesfinanzminister im Januar 2021.⁵⁵

55 DW (2021): Lockdown in Deutschland wird verlängert und verschärft, <https://www.dw.com/de/lockdown-in-deutschland-wird-verl%C3%A4ngert-und-versch%C3%A4rft/a-56134520>

Positive Nachrichten gibt es zu weiteren Impfstoffen. In der EU hat es nach umfangreicherer Prüfung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) Anfang Januar eine bedingte Marktzulassung gegeben. Bedingt bedeutet, dass der Hersteller verpflichtet ist, auch nach Beginn der Impfungen Daten z.B. zur Langzeitwirkung an die EMA zu übermitteln. Der Hersteller will einem Rahmenvertrag nach schrittweise 160 Millionen Impfdosen an die EU-Staaten liefern. „Wir werden mehr als genug sichere und wirksame Impfungen zum Schutz aller Europäer haben“, sagte EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen.⁵⁶

Zudem folgt die Europäische Kommission Ende Januar einer Empfehlung der EMA und erteilt dem Corona-Impfstoff des Herstellers AstraZeneca eine Marktzulassung. Damit steht ein dritter Impfstoff in der Europäischen Union zur Verfügung.⁵⁷

56 Ärzteblatt (2021): COVID-19: EU-Kommission bestätigt Zulassung des Moderna-Impfstoffes, <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/119918/COVID-19-EU-Kommission-bestaetigt-Zulassung-des-Moderna-Impfstoffes>

57 Bundesregierung (2021): EU-Kommission erteilt AstraZeneca-Impfstoff Zulassung, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/dritter-impfstoff-1834668>

Mitte des Monats sind die Infektionszahlen weiterhin konstant hoch. Die 7-Tages-Inzidenz liegt bundesweit bei ca. 146 Fällen pro 100.000 Einwohnern. Vor Allem in Sachsen gibt es relativ viele Fälle mit teilweise sehr hohen 7-Tage-Inzidenzen, welche zwischen 300 und 400 Fällen pro 100.000 Einwohnern liegen können (siehe Abbildung 10). Insgesamt wurden bisher über 2 Millionen Infektionen registriert. Die täglichen Todesfälle überschreiten immer öfter die 1.000 Marke. Am 15.01.2021 haben sich 5.074 COVID-19-Fälle in intensivmedizinischer Behandlung befunden. Das RKI schätzt die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland unverändert insgesamt als sehr hoch ein.⁵⁸

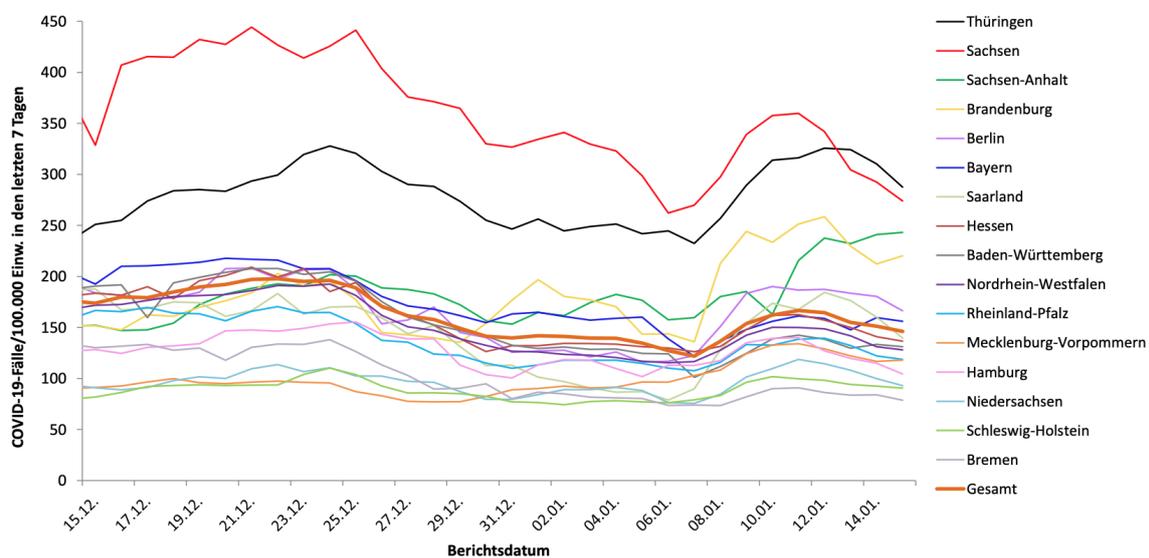


Abbildung 10: Darstellung der übermittelten COVID-19-Fälle/100.000 Einwohner über 7 Tage in Deutschland nach Bundesland

Das unverändert negative Infektionsgeschehen und die sich immer weiter ausbreitende Virusmutation aus Großbritannien sorgt dafür, dass Bund und Länder das zweite Mal im Monat in einem Krisengipfel über eine Verschärfung des Lockdowns diskutieren. Das Ergebnis der Sitzung ist eine Verlängerung bis mindestens dem 14. Februar 2021 sowie eine verschärfte Maskenpflicht (in Bus und Bahn ist eine OP-Maske oder FFP2-Maske erforderlich). Auch Schulen und Kitas sollen bis Mitte Februar geschlossen bleiben.⁵⁹

58 RKI (2021): Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) 15.01.2021 – AKTUALISierter STAND FÜR DEUTSCHLAND, https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Jan_2021/2021-01-15-de.pdf?__blob=publicationFile

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland hat sich im Januar um fast 200.000 auf insgesamt auf 2.901.000 erhöht. Im Vergleich zum Januar 2020 sind dadurch ca. 475.000 Menschen mehr ohne Job. Die Arbeitslosenquote stieg im Vergleich damit zum Dezember um 0,4 Prozentpunkte auf 6,3 Prozent (siehe Abbildung 11). Hauptgrund für den Anstieg der Arbeitslosenzahlen seien jedoch saisonbedingte Ursachen. Ebenso saisonbedingt steigt im Januar die Beanspruchung von Kurzarbeit. Im Winter sind erfahrungsgemäß weniger Tätigkeiten im Freien möglich. Betroffen ist beispielsweise die Landwirtschaft oder das Baugewerbe. Diese Ursache und die weiter geltenden strengen Corona Maßnahmen sorgen im Januar 2021 dafür, dass rund 745.000 Beschäftigte Kurzarbeitergeld beziehen.⁶⁰

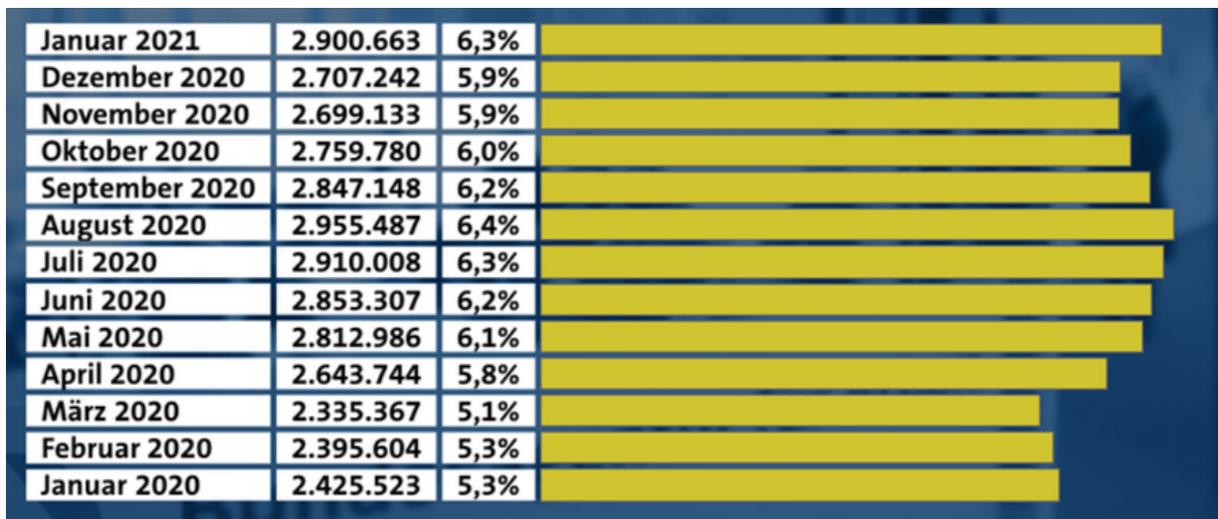


Abbildung 11: Arbeitslosigkeit Januar 2020 bis Januar 2021⁵⁰

59 DW (2021): Regierung will Lockdown bis Mitte Februar, <https://www.dw.com/de/corona-lockdown-versch%C3%A4rfung-deutschland/a-56269928>

60 Tagesschau (2021): Anstieg seit Dezember - 2,901 Millionen Arbeitslose im Januar, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/arbeitslosenzahlen-211.html#:~:text=Die%20Arbeitslosenquote%20stieg%20im%20Vergleich,der%20Arbeitslosen%20um%20198.000%20gestiegen.>

Im Frühjahr 2020 hat die Bundesregierung aufgrund der Pandemie die Meldepflicht für Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit außer Kraft gesetzt. Da Unternehmen weiterhin teilweise auf Auszahlungen der Corona-Hilfsmaßnahmen wie beispielsweise die sogenannten November- und Dezemberhilfen warten müssen, entschied die Regierung nach einstimmiger EntschlieÙung des Bundesrates am 31.01.2021 die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht bis Ende April zu verlängern. So soll verhindert werden, dass grundsätzlich gesunde Unternehmen in die Insolvenz rutschen, da zugesicherte Zahlungen ausgeblieben sind. Wirtschaftswissenschaftlerin Veronika Grimm kritisiert die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht zu verlängern. „Ein Unternehmen erkenne derzeit nicht, ob es tatsächlich mit einem zahlungsfähigen Betrieb Verträge eingehe“, sagte die Ökonomin.⁶¹

Hendrik Schlereth, Geschäftsführer des Inkassounternehmens Germania, ist der Meinung, dass viele nicht wettbewerbsfähige Unternehmen nur künstlich am Leben gehalten werden: „Bei den Gastronomen und Einzelhändlern wird durch die Verlängerung der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht ein Problem auf die lange Bank geschoben. Rücklagen sind meist aufgebraucht und man hat den Eindruck, dass offene Forderungen – auch ältere – nur mit staatlichen Hilfgeldern bedient werden“.⁶²

Michael Munsch, Vorstand der Creditreform Rating AG, erwartet daher eine Insolvenzwelle für das Jahr 2021: „Nach Prognose der Creditreform werden demnach für 2021 mehr als 24.000 Insolvenzen erwartet. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr (2020) wurden 16.300 Insolvenzen in Deutschland erfasst, im Hochkonjunkturjahr 2019 waren es 18.830.“⁶³

61 Bünge, R. (2021): Tagesspiegel.de: 24000 Insolvenzen erwartet, <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/immobilien/leerstand-durch-corona-24000-insolvenzen-erwartet/26850548.html>

62 ebenda

63 ebenda

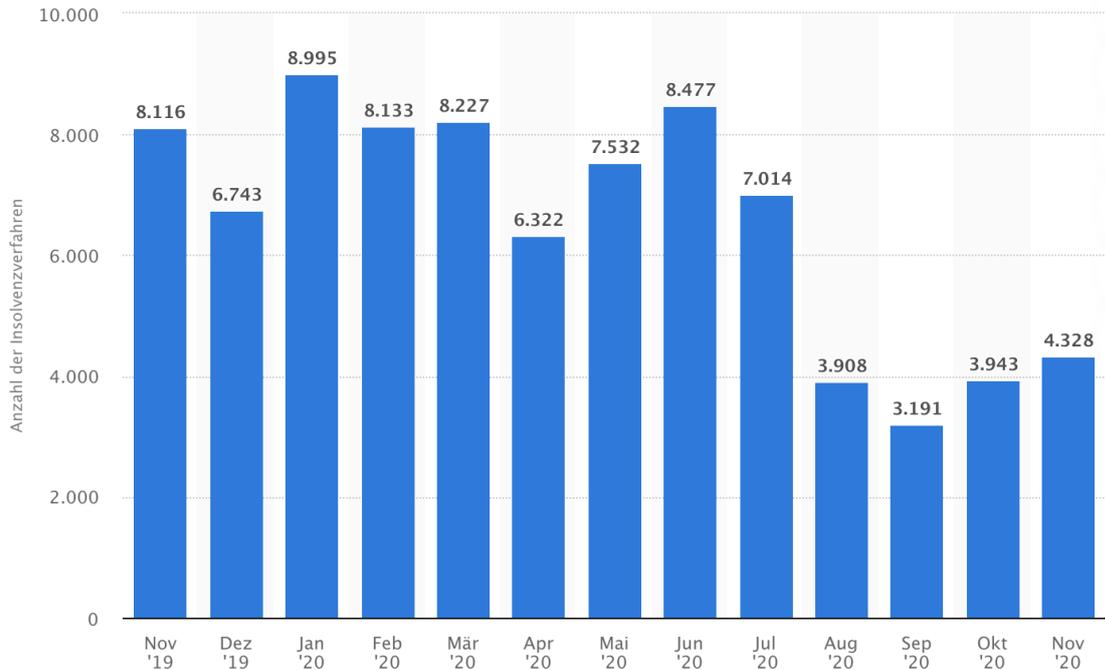


Abbildung 12: Anzahl der Insolvenzverfahren insgesamt in Deutschland von November 2019 bis November 2020⁶⁴

In der Abbildung 12 ist ersichtlich, dass seit August 2020 die Anzahl der Insolvenzverfahren relativ niedrig ist. Alleine im November 2020 wurden fast 4.000 Insolvenzen weniger als im vorherigen November registriert. Die Zahlen lassen auf dem ersten Blick positives vermuten. Es sind jedoch klare Indizien dafür, dass die Aussagen von Schlereth oder Munsch stimmen und viele sogenannte „Zombieunternehmen“ künstlich am Leben gehalten werden, die nach dem Ende der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht die Zahlungsunfähigkeit anmelden müssen.

64 Statista (2021): Anzahl der Insolvenzverfahren insgesamt in Deutschland von November 2019 bis November 2020, Erhebung und Veröffentlichung durch Statistisches Bundesamt, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37122/umfrage/anzahl-der-insolvenzen-in-deutschland-insgesamt/#professional>

Zum Stand 24. Februar 2021 ist insgesamt ein Rückgang der Infektionszahlen ersichtlich. Die Inzidenz der letzten 7 Tage liegt bundesweit bei nur noch 59 Fällen pro 100.000 Einwohner. 2.955 COVID-19-Patienten befinden sich in intensivmedizinischer Behandlung. Seit Dezember sind insgesamt 3.518.294 Personen mindestens einmal (Impfquote 4,2%) und 1.854.928 zweimal (Impfquote 2,2%) gegen COVID-19 geimpft worden. Das Robert-Koch-Institut schätzt die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland jedoch weiterhin insgesamt als sehr hoch ein. In der Abbildung 13 ist das deutliche Abflachen der Infektionen im Januar und Februar erkennbar.⁶⁵

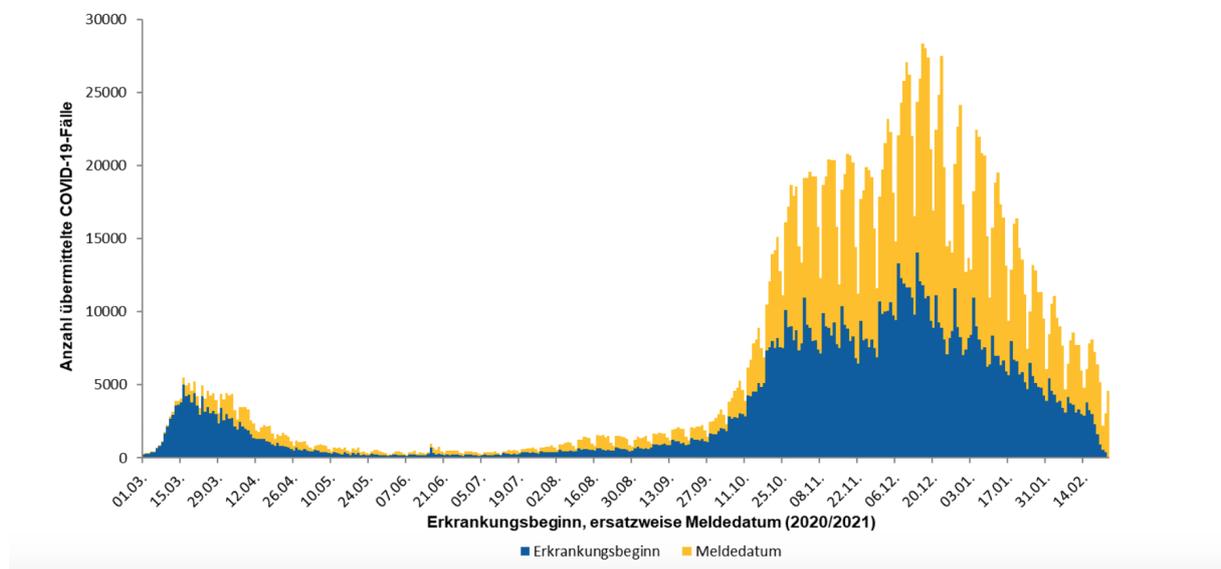


Abbildung 13: Anzahl der an das RKI übermittelten COVID-19-Fälle nach Erkrankungsbeginn, ersatzweise nach Meldedatum (24.02.2021)

65 RKI (2021): Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) - 24.02.2021, https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Feb_2021/2021-02-24-de.pdf?__blob=publicationFile

Kritische Beurteilung des Krisenmanagements der deutschen Bundesregierung in der „Corona-Pandemie“

Nachdem das Virus im März 2020 auch endgültig in Deutschland angekommen ist, war die Sorge im Land groß. Vor allem die erschreckenden Bilder aus Italien haben die Bevölkerung beunruhigt. Um in Deutschland gleiches zu verhindern, wurden relativ schnell drastische Maßnahmen ergriffen. Der erste Lockdown wurde beschlossen, um die sozialen Kontakte auf ein absolutes Minimum zu reduzieren und die Infektionszahlen niedrig zu halten. Das Ziel ist es gewesen einen ähnlichen Verlauf wie in der Risikoanalyse des deutschen Bundestags „Pandemie durch Virus Modi-SARS“ aus dem Jahr 2012 zu vermeiden. In dieser wurde ein „worst-case“-Szenario einer Pandemie erstellt, in der das Gesundheitssystem überlastet wird und Millionen von Menschen an der Krankheit sterben.

Eine reale Pandemie in diesem Ausmaß ist eine völlig neue Situation gewesen, weshalb verständlicherweise politisch mit großer Vorsicht gehandelt worden ist. Evidenzbasiert war die Entscheidung des ersten Lockdowns nicht. Zum Zeitpunkt der Entscheidung lag die Todeszahl im Zusammenhang mit dem Virus bei 12. Die Devise sei es laut Gesundheitsminister Jens Spahn gewesen frühestmöglich „die Ausbreitung zu verlangsamen, damit wir nicht zu viel auf einmal an Intensivmedizin brauchen. Dazu müssen gerade auch die Jüngeren und Gesunden durch eigenes Verhalten beitragen.“⁶⁶

Der Lockdown sorgte unter anderem dafür, dass sämtliche Großveranstaltungen abgesagt wurden und Läden, die nicht zum täglichen Bedarf beitragen, schließen mussten. Die harten Maßnahmen haben sich über ca. 7 Wochen bis zum Mai 2020 erstreckt. Durch den anstehenden Sommer sind die Infektionszahlen gesunken und die Lage hat sich entspannt. Geschäfte, Restaurants und Dienstleister durften unter Einhaltung eines Hygienekonzepts ihre Arbeit wieder verrichten.

66 Deutschlandfunk (2020): Spahn zu Maßnahmen gegen das Coronavirus „Wir machen das, um die Gefährdeten zu schützen“, https://www.deutschlandfunk.de/spahn-zu-massnahmen-gegen-das-coronavirus-wir-machen-das-um.694.de.html?dram:article_id=472194

Bis Ende Mai gab es ca. 8.500 Todesfälle zu beklagen. Vor allem Personen ab 70 Jahren sind gefährdet und machen bis zum Zeitpunkt ca. 85 Prozent der gesamten Todesfälle aus (siehe Tabelle X). Aus diesem Grund ist es wichtig vor allem die älteren Personengruppen sowie Vorerkrankte zu schützen.

Geschlecht	Altersgruppe (in Jahren)										
	0-9	10-19	20-29	30-39	40-49	50-59	60-69	70-79	80-89	90-99	100+
männlich		2	6	14	49	218	590	1.286	1.999	539	5
weiblich	1		3	6	18	72	211	616	1.807	1.008	45
gesamt	1	2	9	20	67	290	801	1.902	3.806	1.547	50

Abbildung X: Die dem RKI übermittelten COVID-19-Todesfälle nach Altersgruppe und Geschlecht (Angaben verfügbar für 8.495 Todesfälle; 31.05.2020⁶⁷)

In den Sommermonaten, in denen die Infektionszahlen sehr niedrig gewesen sind, lag es nun an den Regierenden eine nachhaltige Strategie zu entwickeln, um das Infektionsgeschehen möglichst unter Kontrolle zu behalten, ohne die Wirtschaft zu sehr in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Regierung versäumte jedoch die gefährdeten Personen ordnungsgemäß zu schützen. Der Schutz von Alten- und Pflegeheimen durch eine ausreichend hohe und systematische Teststrategie der Bewohner, Betreuer und Besucher blieb aus. Auch wurden den Heimen keine extra Schutzmaterialien oder besonders effektive FFP2-Masken bereitgestellt. Bereits verfügbare Schnelltests werden monatelang nicht zugelassen bzw. dürfen nur von medizinischem Fachpersonal durchgeführt werden. Auch separate Öffnungszeiten in Geschäften für Gefährdete oder Taxigutscheine hätten Teil einer erfolgreichen Schutzstrategie sein können.

Da der SARS-CoV-2 Erreger wie die meisten Coronaviren ein saisonales Virus ist, steigen die Infektionszahlen logischerweise im Herbst und Winter an. Lange galt der Reproduktionswert in Deutschland als Maßstab zur Ergreifung von Maßnahmen. Dieser sollte möglichst lange unter dem Wert von 1 gehalten werden. Mit dem Anstieg der Infektionen ab Oktober ging es nun hauptsächlich darum die Zahl der Neuinfektionen einzudämmen. Die fehlende Transparenz hierbei sorgte für viel Kritik, auch in Kreisen verschiedener Wissenschaftler. Der Direktor des Instituts für

67 RKI (2020): Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) - 31.05.2020, https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/2020-05-31-de.pdf?__blob=publicationFile

Virologie an der Bonner Universitätsklinik Hendrik Streeck sagt: "Wir starren jeden Tag auf die Infektionszahlen, die aber im Grunde sehr wenig relevant für das Pandemiegeschehen sind. Relevanter seien etwa die Belegung der Krankenhausbetten, die Kapazitäten und die Ressourcen im Gesundheitssystem."⁶⁸

Nach steigenden Zahlen im Herbst wird trotzdem schnell das Thema Lockdown wieder präsent, welcher auch im November 2020 ein weiteres Mal durchgeführt worden ist. Durch versäumte Maßnahmen die Gefährdeten Personen in Deutschland rechtzeitig mit sinnvollen Maßnahmen zu schützen, sah die Bundesregierung und die Bundesminister keinen weiteren Ausweg als einen zweiten Lockdown.

Die Entscheidung wurde zudem wieder nicht parlamentarisch im Bundestag beschlossen, sondern unter den 16 Bundesministern und Kanzlerin Angela Merkel. Kritik gibt es vor allem aus der FDP-Fraktion um Christian Lindner. Seiner Meinung nach sind „viele der Maßnahmen, die auf dem Tisch liegen, aus unserer Sicht nicht wirklich geeignet, um die Pandemie zu bremsen. Die Maßnahmen wirken teilweise aktionistisch und nicht wissenschaftlich begründet.“ Marco Buschmann, parlamentarischer Geschäftsführer der FDP, meint zudem „ein neuer Lockdown, bei dem das ganze Land über einen Kamm geschert wird, wird diesem Anspruch nicht gerecht. Es kann nicht sein, dass ganze Branchen als Sündenböcke in Haft genommen werden.“⁶⁹

Die Entscheidung, den Lockdown bundesweit zu verhängen, ist nach der Ansicht von Gabriel Felbermayr, Chef des Instituts für Weltwirtschaft (IfW), keine optimale Strategie: „Das macht den Lockdown teurer, als er sein müsste. Deutschland ist ein großes Land. Wir haben die Vorteile des Föderalismus, nutzen sie in dieser Situation aber nicht“, sagte er. „Da ist es nicht nachvollziehbar, dass man Kommunen mit sehr unterschiedlichen Infektionszahlen gleichbehandelt.“ Zudem wünscht er sich mehr Transparenz zu den Entscheidungen der Politik: „Warum zum Beispiel dürfen Friseurläden weiter geöffnet bleiben, Fitnessstudios aber müssen schließen?“

68 Wiggerbröcker, C. (2020): WDR: Virologe Streeck: "Nicht nur Infektionszahlen betrachten", <https://www1.wdr.de/nachrichten/themen/coronavirus/corona-infektionszahlen-virologe-streeck-100.html>

69 Merkur.de (2020): OPPOSITION NICHT ZUFRIEDEN - Corona-Lockdown: „Ganze Branchen als Sündenböcke“ - Heftige Reaktionen auf Regierungs-Beschluss, <https://www.merkur.de/politik/coronavirus-deutschland-lockdown-regeln-beschluss-kritik-fdp-christian-lindner-gruene-gastronomie-zr-90083823.html>

Auch rechtlich gibt es immer mehr Kritik an der Durchsetzung der Maßnahmen und den beispiellosen Eingriffen in die Grundrechte durch die Bundesregierung. Der Notarassessor Felix Schmitt äußerte sich bezüglich der Verfassungswidrigkeit der landesweiten Ausgangssperren im ersten Lockdown bereits folgendermaßen: „Die landesweiten Ausgangsverbote Stellen in Umfang und Tiefe nie dagewesenen kollektive Eingriffe da. Sie brechen mit etablierten Verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Abwägungskonstellationen, ohne dass hier für gebotene Problembewusstsein erkennen zu lassen. Im Gegenteil lassen die groben handwerklichen Fehler die zum Teil auch nach beinahe siebenwöchiger Geltungsdauer nicht beseitigt waren eine Gleichgültigkeit der Exekutive erkennen. Es ist an den Verfassungsgerichten mit Nachdruck ein differenziertes Vorgehen anzufordern.“⁷⁰

Gerichte in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und weiteren Bundesländern befanden z.B ein von der Regierung geplantes Beherbergungsverbot für evident verfassungswidrig, weshalb es dort jeweils für nichtig erklärt wurde. Mit der Entscheidung des zweiten Lockdowns haben die Regierungschefs als Exekutive die Entscheidungen der Judikative missachtet und setzten sich darüber hinweg und damit auch über die Gewaltenteilung. Durch Entscheidungen wie diese sinkt die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Maßnahmen immer weiter. Diese scheinen immer unlogischer und widersprüchlicher zu werden. Das RKI hat beispielsweise darauf hingewiesen, dass Hygienekonzepte in Restaurants zu wirken scheinen, da hier keine relevanten Infektionsgeschehnisse zu beobachten gewesen sind. Die private Zusammenkunft sei für deutlich mehr Infektionen verantwortlich. Die Restaurants, in denen Hygienekonzepte funktionieren, müssen hauptsächlich wegen Infektionen in privaten Zusammenkünften schließen. Die Folge ist, dass Treffen, welche in Restaurants stattgefunden hätten, in den privaten Räumen verlegt werden, wo eben bekanntlich mehr Infektionen stattfinden.⁷¹

Der Lockdown zeigt im November kaum Wirkung und die Infektionszahlen schnellen weiter in die Höhe. Trotzdem und deshalb wird im Dezember der Lockdown verlängert. Auch hier gibt es wieder Kritik aus der Opposition. „Entscheidungen, die

70 Schmitt, F. (2020): Neue Juristische Woche (NJW), Verfassungswidrigkeit der landesweiten Ausgangssperren, Sonderausgabe Corona in der Rechtspraxis; C.H. Beck; August 2020

71 Tagesspiegel (2020): „Der Lockdown light atmet einen undemokratischen Geist“

so weitreichend Grundrechte einschränken, können nicht nach Gutsherrenart nach einer Videokonferenz verkündet werden", sagte Linksfraktionschef Dietmar Bartsch der Beschluss zur Verlängerung des Lockdowns. "Die Kanzlerin sollte mit den Verabredungen der Ministerpräsidenten in den Bundestag kommen, darüber debattieren und entscheiden lassen", forderte Bartsch. Die Oppositionsparteien im Bundestag kritisieren seit Wochen das Vorgehen der Regierungschefs und fordern eine stärkere Einbindung der Parlamente bei Entscheidungen über pandemiebedingte Maßnahmen.⁷²

Um den Umsatzeinbrüchen der Unternehmen durch den Lockdown entgegenzuwirken, wurden für den November, Dezember und Januar staatliche Zuschüsse und Hilfen bereitgestellt. Vor allem in der Gastronomie und im Einzelhandel sind Firmen darauf angewiesen gewesen. 75 Prozent der Umsatzeinbußen sollen den Unternehmen erstattet werden. Zumindest war dies vom Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) geplant worden. Im Januar warten weiterhin viele existenzbedrohte Unternehmen, ohne jegliche Möglichkeit Umsatz zu generieren, auf die versprochenen Auszahlungen. Grund dafür war eine nicht funktionierende Software, die vom Bund erstellt und zur Verfügung gestellt wurde. Anträge auf die Hilfen konnten somit über zwei Monate teilweise nicht bearbeitet werden.⁷³ Vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen und Unternehmer, die mittlerweile oft nur noch von Erspartem leben müssen, ist diese Panne ein Desaster. In einem TV-Interview mit der WELT warnt Mittelstandspräsident Mario Ohoven: "Der ganz überwiegende Teil des Mittelstands verkraftet definitiv keinen zweiten Lockdown." Er bezeichnet den zweiten Lockdown als „zweiten Herzinfarkt“ welcher oft tödlich sei.

Der Lockdown wird im Dezember, Januar und Februar des Öfteren immer wieder verlängert. Mittlerweile gilt hauptsächlich der Inzidenzwert als Maßstab. Die reinen Infektionszahlen und der Reproduktionswert scheinen unwichtig geworden zu sein. Das Ziel war es lange den Inzidenzwert bei 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner zu halten. Im Januar bzw. Februar hat man sich diesem Wert nach

72 Tagesschau (2020): Beschluss von Bund und Ländern Teil-Lockdown wird bis Januar verlängert, <https://www.tagesschau.de/inland/teil-lockdown-verlaengerung-101.html>

73 Wilhelm, L. (2021): ZDF: Nach technischen Problemen - Novemberhilfen sollen in wenigen Tagen kommen, <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/novemberhilfen-auszahlung-verspaetung-wirtschaftsministerium-100.html>

mehreren Wochen harten Lockdowns endlich annähern können. Seit Dezember kursiert jedoch eine sehr viel ansteckendere Virusmutation des SARS-CoV-2 Erregers aus Großbritannien, woraufhin die Bundesregierung als Reaktion mittlerweile den Inzidenzwert auf 35 Infektionen pro 100.000 Einwohner als Ziel bestimmt hat.

Eine Öffnungsstrategie besteht weiterhin nicht. Rainer Dulger, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) betonte, bei Fortführung der Maßnahmen müsse es auch „endlich ein klares und regelbasiertes Öffnungsszenario geben. Vielen Unternehmen in Deutschland fehle jeglicher Planungshorizont und viele Unternehmen haben den Punkt bereits erreicht, an dem sie Beschäftigung abbauen müssen, viele stehen kurz davor.“ Laut Dulger stehe das Land vor „entscheidenden Wochen, die unsere Zukunft und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit bestimmen werden.“⁷⁴ Außerdem stehe laut dem Staats- und Medizinrechtler Prof. Josef Franz Lindner die Regierung in der Pflicht gesundheitliche Folgen der Corona-Maßnahmen zu berücksichtigen. „Die Politik scheint diese Schäden einfach auszublenden!“ Die Verfassung verpflichtet den Staat, ein umfassendes Schutzkonzept vorzulegen, in dem nicht nur Corona-Daten, sondern auch andere gesundheitliche Daten enthalten sind, die durch die Maßnahmen stark beeinflusst werden“. Dazu zählen auch „unterbliebene Operationen, verschleppte Vorsorgeuntersuchungen, psychische Krankheiten, Suizide. Diese Daten müssen erhoben, ausgewertet, veröffentlicht und in der Abwägung berücksichtigt werden“, sagt Lindner.⁷⁵

Im Februar äußert Michael Esfeld, Professor für Wirtschaftsphilosophie an der Universität Lausanne und Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina scharfe Kritik an dem wissenschaftlichem Beratergremium sowie an die Bundesregierung selbst. Die beteiligten beratenden Wissenschaftler der Bundesregierung hätten „wissenschaftliche Standards und jegliche Verantwortung über Bord“ geworfen. Der Wirtschaftsphilosoph warnt vor einer Instrumentalisierung

74 Spiegel (2021): Debatte über Lockerungen - Wirtschaft fordert Öffnungsperspektive im Corona-Lockdown, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-lockdown-wirtschaft-fordert-oeffnungsperspektive-a-2b6009c9-7eee-4fd5-a394-bc42eab237c9>

75 Bild (2021): Staatsrechtler warnt - Dauer-Lockdown ist verfassungswidrig!, <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/staatsrechtler-warnt-dauer-lockdown-ist-verfassungswidrig-75415116.bild.html>

der Wissenschaft durch die Politik. Im Interview mit der „Bild“ erklärt Esfeld: „Die Bundesregierung zieht derzeit vor allem jene Wissenschaftler zu Rate, die bereit sind, dies zu sagen, was die Regierung auch hören will. Das schadet massiv der Reputation der Wissenschaft.“ Das Sorge für „eine populistische Gegenreaktion gegen die Wissenschaft als ganze“. Esfeld ist der Meinung, dass die Bundesregierung in einem „transparenten, öffentlichen und kritischen Diskurs sich nie hätte durchsetzen können“. Deshalb, so der Professor, „setzte man Wissenschaftler ein, die mit großer Autorität in der Öffentlichkeit den Regierungskurs verteidigten.“⁷⁶

Ein Weg aus der Pandemie sollten die relativ zahlreichen Impfstoffe, die zum Teil seit Dezember 2020 zugelassen sind, sein. Doch auch hier wurden grobe Fehler begangen. Die Beschaffung des Impfstoffes wurde ausschließlich über die EU geregelt. Das führte dazu, dass z.B. vom hochwirksam scheinenden Impfstoff von BionTech und Pfizer nicht annähernd genug Impfdosen zur Verfügung stehen. Drei Monate nach der ersten Impfstoffzulassung sind weiterhin kaum Menschen in Deutschland geimpft. „Der Beschaffungsprozess wurde total versemelt. Schulnotentechnisch würde man sagen: ungenügend, Sechs. Eine Folge der Fehler ist die Verlängerung des Lockdowns bis Mitte Februar“, konstatiert der Beschaffungsexperte Gerd Kerkhoff. „Die EU hätte bei einer Lieferung im Dezember 50 Prozent mehr und für Januar 25 Prozent mehr gewähren müssen“, sagte Kerkhoff und sprach von einem „Vollversagen“. Die Kommission sei „viel zu knausrig“ gewesen.⁷⁷

Alles in allem kann festgestellt werden, dass das Krisenmanagement und die Entscheidungsfindung in der Corona-Pandemie definitiv besser und transparenter hätte durchgeführt werden müssen. Von verfassungswidrigen Entscheidungen, über nicht einkalkulierte Kollateralschaden der Maßnahmen für Wirtschaft und Gesundheit bis hin zu groben strategischen Planungsfehlern gab es zahlreiche fragwürdige Entscheidungen.

76 Oldenburger Onlinezeitung (2021): Leopoldina-Mitglied kritisiert wissenschaftliche Berater, <https://www.oldenburger-onlinezeitung.de/nachrichten/leopoldina-mitglied-kritisiert-wissenschaftliche-berater-59201.html>

77 Jakobs, H.-J. (2021): Handelsblatt: „Das ist ein Vollversagen“ – Beschaffungsexperte kritisiert Impfstoff-Einkauf der EU, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/gerd-kerkhoff-im-interview-das-ist-ein-vollversagen-beschaffungsexperte-kritisiert-impfstoff-einkauf-der-eu/26846720.html?ticket=ST-7270259-sts3VeVwhBUPg2496Xgq-ap5>

Zeit Online (2019): Mysteriöse Lungenkrankheit in Zentralchina ausgebrochen, <https://www.zeit.de/news/2019-12/31/mysterioese-lungenkrankheit-in-zentralchina-ausgebrochen>; 31.12.2019 – Quelle DPA (Deutsche Presseagentur), aufgerufen am 10.01.2021

2 ZDFheute 1 (2020): Wie Corona die Welt infizierte – So nahm die Krise ihren Anfang, <https://zdfheute-stories-scroll.zdf.de/corona/coronavirus/chronik/ausbruch/>, aufgerufen am 10.01.2021

3 ZDFheute 2 (2020): Wie Corona die Welt infizierte – Covid-19 erreicht Deutschland und Europa, <https://zdfheute-stories-scroll.zdf.de/corona/coronavirus/chronik/verbreitung/index.html>, aufgerufen am 10.01.2021

4 ZDFheute 3 (2020): Wie Corona die Welt infizierte – der Ausnahmezustand, <https://zdfheute-stories-scroll.zdf.de/corona/coronavirus/chronik/solidaritaet/index.html>, aufgerufen am 10.01.2021

5 WiWo (2021): Wie verlief der erste Lockdown?, <https://www.wiwo.de/erfolg/trends/corona-lockdown-wie-verlief-der-erste-lockdown/26853384.html>, aufgerufen am 15.02.2021

6 Tagesschau (2020): Wirtschaftseinbruch um 4,2 Prozent?, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/corona-wirtschaftsforscher-rezession-101.html>, aufgerufen am 15.02.2021

7 Ifo (2020): ifo Institut: Viele Unternehmen sehen ihre Existenz bedroht, <https://www.ifo.de/node/54981>, aufgerufen am 15.02.2021

8 Bundesregierung (2020): Milliardenhilfen beschlossen, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/konjunkturpaket-geschnuert-1757558>, aufgerufen am 17.02.2021

9 Tagesschau (2020): Corona lässt Arbeitslosenzahl weiter steigen, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/agentur-fuer-arbeit-arbeitsmarkt-103.html#:~:text=Die%20Zahl%20der%20Arbeitslosen%20in,Prozentpunkte%20auf%206%2C2%20Prozent>, aufgerufen am 17.02.2021

10 Reuters (2020): RKI schlägt Alarm - Virus-Entwicklung macht große Sorgen, <https://www.reuters.com/article/virus-rki-idDEKCN24T1MV>, aufgerufen am 17.02.2021

11 Tagesspiegel (2020): Auf der ersten Corona-Demo in Berlin waren doch 30.000 Menschen, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-korrigiert-zahlen-nach-oben-auf-der-ersten-corona-demo-in-berlin-waren-doch-30-000-menschen/26136252.html>, aufgerufen am 17.02.2021

- 12 Spickschen, L., Meyer, D., Hilpert, W. (2020): bpb – Bundeszentrale für politische Bildung: Das Coronavirus und die Grundrechte; <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/politik-einfach-fuer-alle/309631/das-coronavirus-und-die-grundrechte>, aufgerufen am 17.02.2021
- 13 Berlin.de (2020): Pressemitteilung: Berlin verbietet Corona-Demonstrationen, <https://www.berlin.de/sen/inneres/presse/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.980587.php>, aufgerufen am 18.02.2021
- 14 Tagesspiegel (2020): Kundgebungen gegen Corona-Politik dürfen stattfinden, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/streit-um-demonstration-in-berlin-kundgebungen-gegen-corona-politik-duerfen-stattfinden/26137262.html>, aufgerufen am 18.02.2021
- 15 RKI (2020): Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19), https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Sept_2020/2020-09-30-de.pdf?__blob=publicationFile, aufgerufen am 18.02.2021
- 16 Tagesschau (2020): Scholz plant 96 Milliarden neue Schulden, <https://www.tagesschau.de/inland/neuerschuldung-bund-101.html>, aufgerufen am 18.02.2021
- 18 RKI (2020): Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) – 15.10.2020, https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Okt_2020/2020-10-15-de.pdf?__blob=publicationFile, aufgerufen am 19.02.2021
- 19 ZDF (2020): Merkel: Wir sind in der exponentiellen Phase, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-gipfel-merkel-maskenpflicht-100.html>, aufgerufen am 19.02.2021
- 21 BMWi (2020): Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Oktober 2020, <https://www.google.com/search?q=bmwi&oq=bmwi&aqs=chrome..69i57j35i39j0j69i60l3.1072j0j7&sourceid=chrome&ie=UTF-8>, aufgerufen am 19.02.2021
- 22 Tagesschau (2020): Wirtschaftseinbruch stärker als erwartet, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/herbstgutachten-129.html>, aufgerufen am 19.02.2021
- 23 Frankfurter Rundschau (2020): Merkel und Länderchefs beschließen Lockdown: Welche Regeln ab jetzt in Deutschland gelten, <https://www.fr.de/politik/corona-regeln-lockdown-angela-merkel-deutschland-kontaktbeschaenkungen-montag-berlin-90082814.html>, aufgerufen am 19.02.2021